

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 19.

Donnerstag, den 23. Januar 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Griechische und serbische Ausschreitungen in Mazedonien.

Sofia, 20. Januar.

Die Gerüchte, daß die Griechen sofort nach der Einnahme von Saloniki einen Judenprogramm inszenierten, fanden anfangs wenig Glauben. Es schien ganz unglaublich, daß die Kämpfer, die „im Namen der Zivilisation gegen die Barbarei ins Feld gezogen waren, solch schmachvoll barbarischer Taten fähig seien. Erst die ausführlichen Mitteilungen von Augenzeugen zerstreuten die letzten Zweifel an den Greueln der neuen Kreuzfahrer.

Als nach Beendigung der militärischen Operationen auf dem westlichen Kriegsschauplatz Zeitungskorrespondenten und Privatpersonen die von den Griechen und Serben besetzten Gegenden besuchen konnten, stellte es sich heraus, daß das Judenmassaker in Saloniki nicht der einzige und vielleicht auch nicht der schlimmste Schandfleck ist, den die Griechen auf sich geladen. Und es stellte sich auch heraus, daß in dieser Beziehung die Serben den Griechen durchaus nicht nachstanden.

Nach dem bulgarisch-serbischen Vertrage sollten die Stadt und der Kreis Monastir Bulgarien zufallen; nach dem ursprünglichen Feldzugsplane aber gehörte Monastir zum Operationsgebiete der griechischen Armee. Die Griechen zogen später ostwärts nach Saloniki, deshalb veranlaßten die Bulgaren die Serben, gegen Monastir zu marschieren, wo sich bedeutende türkische Streitkräfte befanden. Die Serben nahmen Monastir, aber da sie im Hinblick auf den bestehenden Vertrag nur schwache Hoffnungen darauf haben, daß der Kreis Monastir in ihrem Besitz bleibt, so benützen sie ihre temporäre Herrschaft dazu, den Bulgaren, ihren Verbündeten, Unannehmlichkeiten zu bereiten und die bulgarische Bevölkerung zu serbifizieren.

Unter dem Vorwand von Requisitionen wird ferner die bulgarische Bevölkerung einfach geplündert. So wurde in Prilep und Monastir alles Getreide „requisitiert“ und in diesen Häusern sogar die Türen und Fensterrahmen. Natürlich haben es die Militärbehörden unterlassen, Quittungen dafür zu geben. Nicht wenige Bulgaren, darunter auch angesehenere Revolutionäre, sind vom serbischen Militär ermordet worden. Am 4. Dezember kam aus Saloniki der bulgarische Lehrer und ehemalige Wojwode (Tschetaführer) Ljutiew nach Prilep. Am Geburtstag des serbischen Kronprinzen veranstalteten serbische Offiziere in einem Café ein Bankett, bei dem auch Ljutiew zugegen war. Nachdem Toaste auf den serbischen König und die serbische Armee ausgebracht worden waren, trank Ljutiew aufs Wohl des bulgarischen Königs und der bulgarischen Armee. Ungefähr fünf Minuten darauf wurde er von einem serbischen Soldaten aus dem Lokal gerufen und ist seither spurlos verschwunden. Seine Mütze aber wurde am folgenden Tage von einem serbischen Soldaten auf dem Markte verkauft. Als Ljutiews Mutter vom Schicksal ihres Sohnes hörte, begab sie sich nach Monastir und wandte sich an den Präfekten Ruschitsch (den bekannten serbischen Dichter). Dieser befahl, den Ljutiew lebend oder tot ausfindig zu machen. Der Soldat, der Ljutiews Mütze zu Markte getragen hatte, gab an, daß er sie auf der Straße zwischen dem Café und dem gegenüberstehenden Schulhause gefunden habe. Es fanden sich auch andere Zeugen, die erzählten, sie hätten entsetzliche Schreie gehört, die aus dem Schulhause kamen, wo Ljutiew aller Wahrscheinlichkeit nach zu Tode gemartert wurde. Die von Ruschitsch energisch geleitete Untersuchung hätte wahrscheinlich diesen Mord aufgeklärt, aber es kam ein höherer Beamter nach Monastir und die Untersuchung wurde sofort eingestellt.

Kurze Zeit darauf verschwand auf dem Wege von Prilep nach Monastir, wahrscheinlich auf ähnliche Weise, ein anderer angesehener bulgarischer Wojwode. Selbst auf bulgarischem Boden legen sich die Serben keinen Zwang auf. So wurde im bulgarischen Hauptquartier in Mustapha-Pascha der Privatdozent der Universität Sofia, A. Balabanow, von einem serbischen Obersten arg mißhandelt.

Es mag auch von Interesse sein, daß das Erscheinen von bulgarischen Zeitungen in Monastir von den serbischen Behörden nicht erlaubt und von den Griechen in Saloniki sehr erschwert wird.

Nach weniger Umständen machen die Griechen in Saloniki mit den Einheimischen, wie mit den Bulgaren, ihren Verbündeten.

Nach der Einnahme von Saloniki machte sich die griechische Armee, wie schon erwähnt, an die reichen Juden, und es kam zu einem richtigen Programm. Dann ging es an die „Evakuierung“ (Räumung) der türkischen

Kriegsmagazine, aus denen die Griechen Leder, Tuch und andere Materialien im Werte von mehr als 100 000 türkischen Pfund wahrscheinlich der größeren Sicherheit wegen nach Griechenland transportierten. Und das Plündern am hellen Tage in den Straßen, auf den Marktplätzen und in den Tramwagen dauert noch immer fort. Bei Nacht dringen griechische Soldaten in reiche türkische und jüdische Häuser und plündern. Gegenwärtig ist es Privatpersonen streng verboten, sich im Hafen von Saloniki sehen zu lassen, da dort jeden Tag die geplünderte Habe auf kleinen Schiffen nach Griechenland verladen wird.

Das städtische Krankenhaus, in dem sich türkische Verwundete und Kranke befanden, wurde von den Griechen eingenommen und die reichen Vorräte desselben geraubt. Die Türken transportierten darauf ihre Verwundeten und Kranken in eine Gewerbeschule, aber auch hier fühlten sie sich nicht sicher, und die Oberärzte des Spitals, Dr. Reshid und Dr. Drenjuß, stellten die Forderung, daß man ihnen bulgarische Wachen statt der griechischen gebe, andernfalls wollten sie mit allen Schwerverwundeten und Schwerkranken nach Konstantinopel ziehen. Die Griechen mußten nachgeben, und das Krankenhaus wurde unter bulgarischen Schutz gestellt.

Auch viele türkische und jüdische Familien haben um bulgarische Wache nachgesucht, da sich niemand unter der Herrschaft der neuen „Kulturträger“ sicher fühlt. Es ist festgestellt worden, daß in mehreren Fällen auch griechische Offiziere sich aktiv am Plündern beteiligten. Angesichts all dessen sandten die Israeliten eine Deputation nach Westeuropa, um die Regierungen und die öffentliche Meinung über die Heldentaten der „Befreier“ zu informieren. Praktische Resultate wird die Deputation wohl nicht erzielen, und die „Kämpfer für Fortschritt und Zivilisation“ werden das Plündern wohl dann erst einstellen, wenn nichts mehr zu plündern bleibt. Jetzt schon macht Saloniki, dieses vor kurzem noch so blühende Handels- und Industriezentrum, den Eindruck einer arg verwüsteten Stadt.

Soweit unser bulgarischer Mitarbeiter. Es ist sicher über die griechischen und serbischen Ausschreitungen kein Wort zuviel gesagt; aber unser bulgarischer Mitarbeiter wird vermutlich selbst darüber nicht im Zweifel sein, daß es das bulgarische Militär dort, wo es dominiert, nicht besser treibt. Wenn die Geschichte der Greueln aus dem letzten Balkankrieg einmal geschrieben wird, dann dürfen grauenhafte Dinge zutage gefördert werden. Das Vorstehende ist nur ein kleiner und, da er von beteiligter Seite kommt, auch nur ein einseitiger Beitrag zu dieser Geschichte der Kriegsgreuel.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

### Eine Niederlage der Scharfmacher.

Im vorigen Jahre haben die Konservativen bei der namentlichen Abstimmung über ihre Resolution zugunsten eines vermehrten Arbeitswilligensches 63 Stimmen gesammelt. Den neuen Vorstoß, den sie in diesem Jahr vorgenommen haben, indem sie das gesetzliche Verbot des Streikpostens verlangen, begründete Herr Dr. Dertel mit der Reduzierung ihrer vorjährigen Forderung. Das hat ihnen aber nicht mehr offene Freunde gewonnen. Vielmehr haben bei der namentlichen Abstimmung, die gestern über diese Resolution stattgefunden hat, nur 53 den scharfmacherischen Antrag mit ihrem Namen gedeckt. 282 lehnten ihn ab, bei 5 Stimmenthaltungen.

Diese Kundgebung des Reichstags wird man gewiß nicht überschätzen dürfen. Es ist gar keine Frage, daß auch in dieser großen Mehrheit mehr als ein Gegner der Arbeiterbewegung steht. Es ist aber ein Beweis für die Kraft des sozialpolitischen Gedankens und für den Einfluß der Arbeiterbewegung, daß nur eine ganz kleine Minderheit es wagen kann, die scharfmacherischen Gelüste öffentlich zu bekennen. Die anderen trauen sich nicht, namentlich in diesem Reichstag der 110 Sozialdemokraten.

Die Sitzung fand einen Schluß, der dieser Abstimmung durchaus entsprach. Nach Bemerkungen vom Genossen Mollenhuth und vom Fortschrittler Gothein lehnte der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Herr Dr. Dertel selbst, die reaktionären Anregungen in aller Form ab, die vor einiger Zeit der Berliner Nationalökonom Professor Ludwig Bernard, in einer vielgenannten Broschüre über die „unerwünschten Folgen der Sozialpolitik“ gegeben hat.

Die erste Stunde der Sitzung verging mit zahlreichen Abstimmungen. Eine große Zahl Resolutionen wurden erledigt, wobei trotz des deutlichen Widerwillens, namentlich des Zentrums, für sozialdemokratische Anträge zu stimmen, einige von uns eingebrachte Vorschläge eine

Mehrheit fanden. Ein heiteres Intermezzo schuf der „Hammelsprung“ gelegentlich einer polnischen Resolution, die Verjuche mit „künstlicher Bewässerung“ begünstigt haben wollte. Zuerst mußte Herr v. Kröcher, der einen sanften Schlaf genoss, durch das Gelächter der Tribünen aus seinen Träumen und aus dem Saal gejagt werden. Er beilte sich, als erster wieder hereinzukommen, um seine Tätigkeit wieder aufzunehmen. Ebenso lustig wirkte es, als in der Reihenfolge der „Sa-Sager“ Genosse Bebel und Herr Dr. Dertel hintereinander den Saal betraten.

Eine längere Debatte entwickelte sich über die Kritik, die Genosse Schulz in einer gut dokumentierten und sehr wirksamen Rede an der politischen Agitation geübt hatte, wie sie die Zentralstelle für Volkswohlfahrt betreibt. Der Nationalliberale Prinz Schönau-Carolath, die Zentrumsredner Dr. Pieper und Dr. Bell, der fortschrittliche Lehrer Bruckhoff vereinigten sich in einer feierlichen Anpreisung dieser angeblich unpolitischen Institution, die der Unterstaatssekretär Richter am besten kennzeichnete, als er zu ihrem Lobe anführte, daß in ihr Männer aller bürgerlichen Parteien tätig sind. Von unserer Seite replizierte mit guten Argumenten Genosse Davidsohn, während Genosse Peus zugunsten des Vereins für soziale innere Kolonisation einige Worte sagte.

Den Schluß der gestrigen Debatte bildete die schon erwähnte Besprechung der Reichsversicherungsordnung, bei der Genosse Mollenhuth die Richtigkeit unserer als phantastisch abgelehnten Anträge an den inzwischen erfolgten Tatsachen nachwies. Der Staatssekretär sagte im Verlauf dieser Erörterung eine Zusammenstellung über die Ergebnisse der deutschen Sozialpolitik zu.

### Preußen will kein Reichswohnungsgeetz.

Der „Münchener Neuesten Nachrichten“ wird aus Berlin gemeldet:

„Das Vorhaben der Reichsleitung, der einmütigen Aufforderung des Reichstages entsprechend ein Reichswohnungsgeetz vorzulegen, das vornehmlich die gesundheitliche Seite der Wohnungsfrage regeln sollte, ist, wie wir hören, an dem Widerspruch Preußens gescheitert... Die preußische Staatsregierung, geführt vom „Minister des inneren Stillstands“ ist aber nicht nur bestrebt, einen Fortschritt der Wohnungsreform durch das Reich zu verhindern, sondern sie will diese hochwichtige und dringende Reform auch in Preußen weiter auf die lange Bank schieben: Der 1904 unternommene dann schnell aufgegeben und erst neuerdings wieder aufgenommene Anlauf einer Reform der Wohnungsgeetzgebung in Preußen soll noch nicht zu Ergebnissen führen: das im Entwurf fertige Wohngeetz soll diesem Landtag nicht mehr vorgelegt werden.“

Wir hoffen aber, daß mit diesem doppelten Vorgehen in der Wohnungsfrage die preußische Regierung, insbesondere der Minister des Inneren, eine Waffe gegen sich selbst geschmiedet hat, die im Wahlkampf recht kräftig geschwungen wird.“

### Reform des diplomatischen Dienstes.

Der Hansabund hat dem Reichstag Vorschläge gemacht, die eine Reform des diplomatischen Dienstes anbahnen sollen. Als Grundzahn wird aufgestellt, daß nur persönliche Eignung und Tüchtigkeit ausschlaggebend sein darf für die Besetzung der verantwortlichen Stellen unserer auswärtigen Missionen. Um das durchzuführen zu können, ist nach Ansicht des Hansabundes eine bessere Besoldung der unteren Stellen in der Diplomatie nötig. Es wird empfohlen, 870 000 Mark zu Beihilfen an Attachees und 381 000 Mark zu Gehaltserhöhungen für die Legationssekretäre in den Etat einzustellen. — Die diplomatische Autorität des Hansabundes ist der Reichstagsabgeordnete Frhr. v. Althofen, der es in seiner diplomatischen Laufbahn bis zum Legationssekretär brachte und dann kurz vor seinem Ausscheiden den Titel Legationsrat erhielt.

### Die Meldungen über neue Heeres- und Marinevorlagen werden demeritiert.

Einer in der Regel offiziös benutzten Korrespondenz „erscheint es angemessen“, darauf hinzuweisen, daß an denjenigen Stellen, die in erster Linie an solchen Vorlagen beteiligt sind, von der Absicht einer neuen „Heeresvorlage“ nicht das mindeste bekannt ist“. Zutreffend sei allein — und das sei nach den Erklärungen von maßgebender Stelle für niemand ein Geheimnis —, daß in nächster Zeit ein Nachtragsetat der Heeresverwaltung im Bundesrat zur Vorlage gelangen wird zum Ausbau unseres Militär-Luftfahrtwesens. Hierauf allein würde sich der Nachtragsetat beziehen. Weder für dritte Bataillone noch für Maschinengewehrformationen, noch für artilleristische Forderungen sei ein Nachtragsetat in Vorbereitung.



Auch die Meldung von einer Marinavorlage wird... Die Nordd. Allg. Ztg. bringt an... Die von der Braunschweigischen Landesztg. ...

**Die weiteren Regierungsmassnahmen gegen die Fenerung.**

Das preussische Dreiklassenhaus setzte am Mittwoch... Die Debatte beschäftigte sich in der Hauptsache mit... Die Nationalliberalen an dem Hochschulzollsystem...

**Forderungen der Berliner Lehrer an die Landtagskandidaten.**

- 1. Bekämpfung aller Besitzungen, welche den staatl. Charakter der Volksschule in Frage stellen können.
- 2. Durchführung der allgemeinen Volksschule.
- 3. Besetzung der hauptamtlichen Kreis- und Kreisschulinspektion...

**Parlamentarische Jagdschwärmer.**

Bei der kommenden Abstimmung über die konstitutionellen Revisionen, die ein gelegentliches Verbot des Streiklohnens... Die Namen dieser Jagdschwärmer der parlamentarischen Jagdschwärmer...

**Die Nationalliberalen, die im vorigen Jahre dem Antrage...**

Die Nationalliberalen, die im vorigen Jahre dem Antrage... Die Nationalliberalen, die im vorigen Jahre dem Antrage...

ren, diesmal geschlossen dagegen gestimmt. Die Zucht... hauschwärmer sitzen also lediglich in den Reihen der... Konservativen und der mit ihnen eng verflochtenen Freikonservativen.

**Sozialdemokratische Wahlerfolge in Lippe.**

Die Landtagswahlen im Fürstentum Lippe haben der Sozialdemokratie einen außergewöhnlichen Erfolg gebracht, der sich nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen in dieser Höhe gar nicht erwarten liess, zumal da sich namentlich der Liberalismus einbildete, mit seiner angeblichen „praktischen Arbeit“ im lipplischen Landtage das Non plus ultra der parlamentarischen Möglichkeiten erreicht zu haben.

für die Sozialdemokratie . . . 7200 Stimmen (3715) „ Liberalen . . . 8100 „ (7686) „ Konservativ u. „Parteilosen“ 2600 „ (2698) Die eingeklammerten Zahlen beziehen sich auf die vorige Landtagswahl, die vor vier Jahren gewesen ist.

**Die Kriegsgrenze auf dem Balkan.**

Abg. Ledebour hat im Reichstage die folgende kleine Anfrage eingebracht: „Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob und inwieweit die Konsulatsberichte aus den Balkanländern die von verschiedenen europäischen Zeitungen wiederholt vorgebrachten Behauptungen bestätigen haben, daß die Truppen der verbündeten Balkanstaaten sich Grausamkeiten gegen die türkische, albanische und jüdische Bevölkerung haben zuschulden kommen lassen, die angeblich stellenweise sogar den Charakter einer systematischen Ausrottung jener Bevölkerungssteile angenommen haben?“

**Parlamentarische Studienreise nach den Kolonien.**

In der „Täglichen Rundschau“ tritt der Regierungsrat Jahe vom Hamburgischen Kolonial-Institut dafür ein, daß die Regierung den Reichstagsabgeordneten Gelegenheit bieten soll, die Kolonien kennen zu lernen. Herr Jahe war Führer der kleinen Gruppe von Abgeordneten, die im Jahre 1906 nach Ostafrika gefahren sind, und er begründet seinen Vorschlag hauptsächlich damit, daß die Entscheidung über koloniale Fragen wesentlich erleichtert würde, wenn ein größerer Teil der Abgeordneten sich auf persönliche Erfahrungen stützen könne.

**Der Zar will Gnade üben.**

Am 6. März sind es dreihundert Jahre, seit Rußland durch die Dynastie Romanow „beglückt“ wird. Einige Gatten- und Vatermorde, die in dieser angenehmen Familie vorkamen, haben ihrem Fortbestand weiter nichts geschadet, und sie war immer in der Lage, den Thron zu besetzen; auf die Qualität des jeweiligen Gottesgnädigen kam es ja nie an.

**Rußland.**

Der Zar will Gnade üben. Am 6. März sind es dreihundert Jahre, seit Rußland durch die Dynastie Romanow „beglückt“ wird. Einige Gatten- und Vatermorde, die in dieser angenehmen Familie vorkamen, haben ihrem Fortbestand weiter nichts geschadet, und sie war immer in der Lage, den Thron zu besetzen; auf die Qualität des jeweiligen Gottesgnädigen kam es ja nie an.

**Balkan.**

Der Schlußakt. Der Rat der Vierte (Nationalversammlung) hat sich für Annahme der Note der Mächte und den Abschluß des Friedens ausgesprochen. Adria-nopel soll bedingungslos übergeben werden. Die Mitglieder der Nationalversammlung hörten mit vollkommener Ruhe die Darlegungen über die Kollektivnote der Mächte an.

**Aus Lübeck und Nachbargebieten.**

Der Bürgerauschuss genehmigte in seiner gestrigen Sitzung den Antrag des Senates, der verlangt, daß dem von der Baudenotation mit dem Rauhreifbesitzer Paul Lohrmann am 26. Dezember 1912 abgeschlossenen Verträge wegen Verkaufes des Grund und Bodens von Homanns Gang, Wakenitzmauer Nr. 180, und von Hartogs Torweg, Wakenitzmauer Nr. 170 (zusammen 111 Quadratmeter; Preis 50 Mk. pro Quadratmeter), sowie dem Nachtragsverträge vom 23. Dezember 1912, betreffend die künftige Abtretung einer zur Straßenerweiterung erforderlichen Fläche des Grundstücks Wakenitzmauer Nr. 174 an den Staat, die Genehmigung erteilt und die Baudenotation ermächtigt werde, die vom Staat zu tragende Hälfte der Kosten des Vertrages aus bereitetem

der ganzen Kolonialpolitik mit als ausschlaggebend betrachtet werden müssen. Wie Herr Jahe versichert, soll der Staatssekretär Dr. Solf den von ihm entwickelten Gedanken sehr sympathisch gegenüberstehen; Schwierigkeiten macht nur noch der Reichshaussekretär, der allerdings angesichts der kommenden Militärvorlage seine Mittel sehr zusammenhalten muß, wenn die Schuldenlast nicht gleich wieder riesenhaft emporschnellen soll.

**Landrat v. Haltem will nicht gehen.**

Da das Reichstagsmandat des im Wahlkreise Schwab gewählten Landrats v. Haltem noch immer stark umstritten wird, hat sich v. Haltem von seinen Wählern in Schwab ein Vertrauensvotum ausstellen lassen. Nach einem Bericht der „Post“ aus Schwab schilderte v. Haltem die Angriffe, die bedauerlicherweise von nationalen Parteien in Unkenntnis des wahren Sachverhalts gegen ihn gerichtet worden seien. „Herr v. Haltem“, wies nach, daß, wie immer man bei der Hauptwahl verfahren wäre, eine Neuwahl auf jeden Fall hätte stattfinden müssen. Zum Schluß erklärte er, daß er trotz aller Widerwärtigkeiten und aller schmutzigen Angriffe so lange auf seinem Posten ausharren werde, als ihm das Vertrauen seiner Wähler zur Seite stehen würde. Im Anschluß daran wurde dem Herrn v. Haltem „einstimmig das Vertrauen und die Wertschätzung des Wahlausschusses und somit aller Deutschen im Kreise ausgesprochen.“

**Rußland.**

Der Zar will Gnade üben. Am 6. März sind es dreihundert Jahre, seit Rußland durch die Dynastie Romanow „beglückt“ wird. Einige Gatten- und Vatermorde, die in dieser angenehmen Familie vorkamen, haben ihrem Fortbestand weiter nichts geschadet, und sie war immer in der Lage, den Thron zu besetzen; auf die Qualität des jeweiligen Gottesgnädigen kam es ja nie an.

**Balkan.**

Der Schlußakt. Der Rat der Vierte (Nationalversammlung) hat sich für Annahme der Note der Mächte und den Abschluß des Friedens ausgesprochen. Adria-nopel soll bedingungslos übergeben werden. Die Mitglieder der Nationalversammlung hörten mit vollkommener Ruhe die Darlegungen über die Kollektivnote der Mächte an. Zum Schluß antworteten die Mitglieder einstimmig, daß sie in Anbetracht der Zukunft des Vaterlandes die Beschlüsse des Kabinetts anerkennen und in das Versprechen und die Gerechtigkeit der Großmächte volles Vertrauen setzen. Eine eigentliche Opposition gegen die Notwendigkeit des raschen Friedensschlusses zeigte sich nicht in der Versammlung. Über zahlreiche Teilnehmer gaben der Befürchtung, daß sich die Armee vor Schataidcha gegen die Preisgebung von Adrianopel auflehnen könnte, Ausdruck. Alle Würdenträger waren sich darüber im klaren, daß die Regierung durch die Demarche des russischen Botschafters in eine sehr schwierige Lage veretzt worden sei.

**Aus Lübeck und Nachbargebieten.**

Der Bürgerauschuss genehmigte in seiner gestrigen Sitzung den Antrag des Senates, der verlangt, daß dem von der Baudenotation mit dem Rauhreifbesitzer Paul Lohrmann am 26. Dezember 1912 abgeschlossenen Verträge wegen Verkaufes des Grund und Bodens von Homanns Gang, Wakenitzmauer Nr. 180, und von Hartogs Torweg, Wakenitzmauer Nr. 170 (zusammen 111 Quadratmeter; Preis 50 Mk. pro Quadratmeter), sowie dem Nachtragsverträge vom 23. Dezember 1912, betreffend die künftige Abtretung einer zur Straßenerweiterung erforderlichen Fläche des Grundstücks Wakenitzmauer Nr. 174 an den Staat, die Genehmigung erteilt und die Baudenotation ermächtigt werde, die vom Staat zu tragende Hälfte der Kosten des Vertrages aus bereitetem



zuziehmen. Gutachtlieh befürwortet würde der Bebauungsplan für Schlutup. Der Senat wünscht die Genehmigung der Bürgerchaft dazu: daß bei der Anlage oder Veränderung von Straßen und öffentlichen Plätzen in Schlutup der im Bauamt zu jedermanns Einsicht ausliegende Plan des Baudirektors Walker vom 21. September 1912 und die darin verzeichneten Straßen- und Baufluchtlinien zu Grunde zu legen sind; daß für diejenigen Grundstücke, bei denen die Baufluchtlinie nicht mit der Straßenfluchtlinie zusammenfällt, die Entfernung der Gebäude von der letzteren auf 3,5 Meter festgesetzt werde; daß die mit roter Farbe in dem Plane gezeichneten Grundflächen von der Bebauung ausgeschlossen werden; daß die Ausführung von Gebäuden und Gebäude-teilen, welche die in dem genehmigten Bebauungsplan für Schlutup festgesetzten Baufluchtlinien überschreiten, unterlag ist. Das Gleiche gilt für Umbauten bestehender Gebäude, wenn der Umbau einem Neubau gleichzuachten ist. Darüber, ob ein Umbau einem Neubau gleichzuachten ist, entscheidet der Senat. Der Senat kann von dem Verbot befreiten, daß wegen Entziehung des von der Festlegung neuer Fluchtlinien betroffenen Grundeigentums eine Entschädigung zu leisten ist, wenn die zu Straßen und Plätzen bestimmten Grundflächen für den öffentlichen Verkehr auf Erfordern der Bau-Deputation an diese abgetreten werden. Der Eigentümer eines solchen Grundstücks kann dessen Abnahme verlangen: a) wenn die Baufluchtlinie einer neu anzulegenden Straße ein Unbehagen, aber zur Bebauung geeignetes Grund-stück trifft, welches nach den zur Zeit der Genehmigung des Bebauungsplanes geltenden Gesetzen bebaut werden konnte, und das Grundstück entweder ganz von der neuen Straße in Anspruch genommen wird oder der übrig bleibende Teil nicht mehr als selbständiger Bauplatz zu benutzen ist; b) wenn die neue Straßen- oder Baufluchtlinie ein bebauter Grundstück trifft und durch die neue Fluchtlinie das Grundstück so be-schränkt wird, daß darauf ein dem vorhandenen Gebäude an Größe und Gestalt der Grundfläche gleichkommendes nicht mehr errichtet werden kann, auch der Senat es ablehnt, von den solchen Bau hinderlichen gesetzlichen Vorschriften Befreiung zu erteilen, sobald ein Neubau erforderlich wird. Ob in anderen Fällen aus Billigkeitsgründen früher als zu den festgesetzten Zeitpunkten ein Grundstück abzunehmen und die Entschädigung zu gewähren ist, bestimmt in jedem einzelnen Falle der Senat im Einvernehmen mit dem Bürgerausschuß. Anträge auf solche Abnahme sind bei Verlust des Anspruchs auf vorzeitige Entschädigung innerhalb der Frist eines halben Jahres nach der öffentlichen Auserlegung des Bebauungsplans bei der Bau-Deputation anzumelden. Die Auslegung ist durch das Amtsblatt bekanntzumachen; daß die Vorschriften der §§ 4, 5, 6 des Gesetzes vom 21. April 1890 den Bebauungsplan für die Vorstädte der Stadt Lübeck betreffend, entsprechende Anwendung finden; daß die auf Grund dieses Gesetzes zu zahlenden Entschädigungen, soweit nicht ein aus besonderem Rechtsgründe Verpflichteter dafür aufzukommen hat, aus öffentlichen Mitteln zu leisten sind. Diese Vor-schriften sollen am 1. April d. J. in Kraft treten.

Dem hiesigen Frauenverein von 1813 gewährte der Bür-gerausschuß auf Antrag des Senates eine Unterstützung von 3000 Mark. Bei dieser Gelegenheit wurde folgender von Seiner gestellte Antrag an die Budgetkommission des Bürger-ausschusses überwiesen: Der Bürgerausschuß ersucht den Senat geleglich Maßnahmen zu treffen, wonach den Kriegs-veteranen aus den Feldjahren bis einschließlic 1870/71, sofern ihr Jahreseinkommen 1500 Mk. nicht übersteigt, Steuerfreiheit gewährt wird, ohne daß ihre staatsbürgerlichen Rechte durch diesen Steuererlaß berührt werden.

Die Eingabe der Arbeiterauschüsse der städtischen Tief-bau- und Wasserbauabteilung betreffend Aufbesserung ihrer Lohnverhältnisse beschäftigte gestern den Bürgerausschuß. Ge-nosse Hoff beantragte: Der Bürgerausschuß ersucht den Senat veranlassen zu wollen, daß die Behörde für die Tief-bau- und Wasserbauabteilung auf Grund der Eingabe der Arbeiterauschüsse vom Dezember vorigen Jahres in eine erneute, wohlwollende Prüfung der dort unterbreiteten Wünsche eintritt. Nachdem die Senatskommission die Er-läuterung abgegeben hatten, daß die in der Eingabe geltend gemachten Wünsche bereits eingehender Prüfung der Bau-Deputation unterlagen, lehnte der Bürgerausschuß den An-trag Hoff ab. Die Arbeiter können daraus leicht ersehen, welches „Entgegenkommen“ ihre berechtigten Forderungen bei den erstklassigen Bürgerschaftsmitgliedern finden. Wollten diese die Wünsche der Arbeiterauschüsse stifzen, so hätten sie trotz der Senatserklärung unbedingt für den Antrag Hoff stimmen müssen.

b. Das Schöffengericht verhandelte heute zum zweitenmal gegen den Arbeiter W., der wegen gefährlicher Körperver-lezung angeklagt war. Selten sehen sich die Zeugen auslagen so scharf gegenüber und verlagen zum Teil am kritischen Punkte so vollkommen wie in diesem Prozesse, der seine Ursache auf dem Tanzboden fand. Nach einem Feuerweh-rhall gab zuerst ein junger Arbeiter F. eine Runde an der Leucht aus und hänselte, trotzdem er nicht mehr die Kraft hatte, sein Glas zu halten, den Angeklagten. Während der doppelt mit Bier und Stichelreden Traktierte die Angelegen-heit ein andermal regeln wollte, wurde F. handgreiflich und fuhr dem W. schließlic an den Kragen. Nach der einen Darstellung soll nun der Angeklagte einen Stuhl genommen und ihn mit voller Wucht auf den am Boden liegenden be-trunkenen F. niederschlagen haben. Der Angeklagte und einige Zeugen behaupten, er habe nur einen Stuhl nieder-geworfen wollen, den ein anderer hochgehoben herbeigekloppt habe. Das Gericht konnte dieser letzten Darstellung keinen Glauben beimessen, es ging über den Antrag des Staats-anwalts — 50 Mk. — hinaus, nahm aber auch mildernde Umstände an. Es verurteilte ihn zu 80 Mk. Geldstrafe oder 6 Tagen Gefängnis. Der Geschlagene hatte eine klaffende Kopfwunde davongetragen und war fünf Wochen in seiner Arbeitsfähigkeit stark beeinträchtigt. — Der schla-fende Arbeiter. Ein junger Chauffeur pönierte ein Mädchen, bei dem er mit Erlaubnis ihrer Dienstherrschaft Tagesbesuche machen durfte. Diese Stelldichein wiederholte der Bräutigam auch des Abends, wenn die Herrschaft aus-gegangen war. Da machten es sich die beiden in der Woh-nung des Kaufmannes gemächlich; an einem Abend waren sie vor lauter Liebe im Salon eingeschlafen. Als die Glocke erkante, ist der Angeklagte S. so erschrocken, daß er in die verschiedensten Zimmer sprang, um ein sicheres Versteck zu suchen. Dies fand er unter den Betten des Kaufherrn. Aus diesem geheimnisvollen Orte wurde er bald hervorgeholt. Es fanden sich zwei kleine Sägen und falsche Schlüssel in einer Tasche, sodas sich der Verdacht regte, er habe die Ab-sicht gehabt, einzubrechen und sei ibernarrt worden. Da der Angeklagte sein Logis wochenlang im vierten Stock des Kauf-mannes unangemeldet aufgeschlagen hatte — denn da wohnte eine Braut — so wurde er eines Tages dabei ertappt, wie er sich auf Socken davonstiehlt, mit einem Paket unterm Arme. Darin befand sich ein Mißer und ein Jadett im Werte von 132 Mark. Das Diebesgut wurde für 6 Mk. verklopft. Es sind im gleichen Hause noch mehrere Diebstähle vorge-kommen, die ihm zugemutet werden, doch fehlen Beweismittel. Die Nebenstände werden vor Gericht als Haus-tatendebred angesehen, für die 14 Tage Gefängnis aus-sprochen wurden. Der einfache Diebstahl wird mit 6 Wochen mitstr. insgesamt 7 Wochen Gefängnis. Der jugendliche Räuber war erst im vorigen Jahre aus der Zwangserziehungsmast entlassen worden, wo er 1½ Jahre zugebracht hatte.

### Die Betriebsergebnisse der deutschen Krematorien

stellen sich im Jahre 1912 folgendermaßen: Baden = Baden 109 (i. B. 71), Berlin 66 (—), Bremen 65 (661), Chemnitz 629 (630), Koburg 332 (326), Dessau 35 (33), Dresden 563 (328), Eifenach 167 (162), Frankfurt a. M. 20 (—), Gera 240 (213), Göppinaen 42 (12), Gotha 596 (598), Hagen 8 (—), Hamburg 596 (689), Heidelberg 121 (103), Heilbronn 59 (61), Jena 328 (391), Karlsruhe 154 (128), Leipzig 1145 (905), Lübeck 115 (93), Mainz 478 (460), Mannheim 223 (218), Meiningen 83 (17), München 40 (—), Offenbach a. M. 330 (268), Pößneck 101 (88), Reutlingen 16 (13), Sonneberg 139 (2), Stuttgart 439 (438), Ulm 370 (336), Weimar 117 (9), Wiesbaden 3 (—), Wittau 357 (289) und Zwickau 186 (140), zusammen 8558 (7555). Die Zunahme beträgt 17,2 v. H. Unter den Eingekücherten befanden sich 5411 Männer, 3447 Frauen, 7511 gehörten dem evangelischen, 641 dem katholischen, 53 dem altkatholischen; 312 waren mosaisch, 77 freireligiös, 100 Dissidenten. In 164 Fällen lag ein anderes Bekenntnis vor, oder war ein solches nicht angegeben.

### Die Vieheinfuhr aus Dänemark

nach deutschen Quarantäneanstalten gestaltete sich in der Woche vom 12. bis 18. Januar wie folgt: Flensburg 225, Advente 1600, Kiel 427, Lübeck 640, Kolditz 340, Altona 297, im ganzen also 8529 Stück, von denen allein 2228 über Kolding gingen. — In derselben Zeit wurden in geschlachtetem Zustand ein-gelührt 1850 Stück Großvieh, 300 Kälber, 75 Schafe und 160 Schweine.

### Risiko der Arbeit.

Gestern vormittag ereignete sich auf dem bei der Pöfischen Kohlenhocke liegenden Kohlen-dampfer „Kostock“ ein Unglücksfall. Beim Löschen stiegen aus dem in der Schwere hängenden Korb mehrere Kohlen-stücke heraus und verletzten hierbei zwei im Raum befindliche Arbeiter. Der Arbeiter Willken erhielt zwei Kopf-verletzungen, während der Arbeiter L. Lange eine Arm-verletzung davontrug. Nach Anlegung eines Notverbandes wurde Willken in seine Wohnung gebracht.

### Konkursöffnung.

Über das Vermögen der Schuh-warenhandlerin Helene Kröger in Lübeck, Beckergarbe 33, ist am 22. Januar 1913, nachmittags 5 Uhr 40 Minuten das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Pächterrevisor Friedrich Schmidt in Lübeck wurde zum Konkursverwalter ernannt.

### Handelsregister.

Am 22. Januar 1913 ist eingetragen bei der Firma Louise Evers, Lübeck: Letzige Inhaberin: M. W. S. Evers geb. Schweit, Ehefrau in Lübeck. Dem Kaufmann O. W. G. Evers in Lübeck ist Procura erteilt. Der Übergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch die Ehefrau Evers ausgeschlossen.

### Größere Warendiebstähle

hat eine in Neheoe bei der Firma St. beschäftigte Verkäuferin aus Lübeck, die nunmehr verhaftet worden ist, ausgeführt. In ihrer Wohnung wurden viele Wäschestücke usw. im Werte von über 200 Mk. ge-funden. Sie hatte Postpakete mit Diebesgut nach Lübeck und Hamburg geschickt.

### pb. Vandalismus.

In der Nacht vom 14./15. oder vom 15./16. ist auf dem Lagerplatze der International Granite Co. aus dem Terrain des alten Bahnhofs ein fertig gestellter Grabstein anscheinend mit Meißel und Hammer beschädigt worden. Personen, die über den Täter nachdienliche An-gaben machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

### Neues Stadttheater.

Aus der Kanzlei wird uns geschrie-ben: Die Oper hat in sorgfältiger Weise die schon halb-verschollene Oper „König für einen Tag“, wie sie in der Neubearbeitung von Paul Wolff heißt, vorbereitet. Die erste Aufführung ist am kommenden Sonntag. Das Libretto be-handelt in wichtiger Form einen Teil aus „Tausend und eine Nacht“, und gleich so liebenswürdig, gracios wie die Text-behandlung ist die Musik. Sie wird von einer so reichen, ohne dabei komplizierten Melodik getragen, daß in diesem Werte eine wertvolle Ergänzung unserer Volksoper erblickt werden kann, wofür auch schon zahlreiche Aufführungen den Beweis erbracht haben und die Wiederbelebung somit künst-lerisch gerechtfertigt erweisen. In der Oper sind die Damen Oberhoff und Jansen und die Herren Köllwig, Fabian und Schorn in den Hauptpartien beschäftigt. Am 6. Volkswor-stellung zum Einheitspreis von 50 Pf. wird Sonntag nach-mittag 3 Uhr Meyer-Försters beliebttes Schauspiel „Mit-Heidelberg“ gegeben. Die Verlosung der Plätze findet wie gewöhnlich am Freitag und Sonnabend, abends von 8 bis 9 Uhr, an der Theaterkasse statt. Am Freitag und Sonnabend sind die Vorstellungen „Larnhäuser“ (mit H. Steeg-Münster a. G.) und „Madame Butterfly“, auf die schon wiederholt hingewiesen wurde.

### Schwartau.

Die Sprechstunde des Arbeiter-sekretariats findet am Freitag, dem 24. Januar, abends von 5 bis 8 Uhr, im Lokale des Herrn Parsert, „Gasthof Transanal“, statt.

### Schwartau.

Der Sozialdemokratische Ver-ein für Schwartau-Rensefeld hält am kom-menden Freitag seine Mitglieds-Verammlung im Gasthof Transanal in Schwartau ab. Die Tagesordnung ist dies-mal außerordentlich wichtig. Es steht unter andern die Märzfeier und ein Vortrag der Genossin Schlomer-Lübeck über Kinderschutz und Kinderelend auf der Tagesordnung, sodas wohl auf ein recht vollbesetztes Haus zu rechnen ist.

### Samburg.

Ein Greis verbrannt. Der 71 Jahre alte Wächter R. aus der Bankstraße 14, Hinterhaus, kam auf seinem Arbeitsplatz, einer Baustelle, Ecke Stadtweid und Oberhafenstraße, einem in der Wächterbude aufgestellten ge-heizten Ofen zu nahe. Die Kleider des alten Mannes fingen Feuer und brannten dem Greis vom Körper weg. Hierbei erlitt R. so schwere Verletzungen, daß er bald nach seiner Einlieferung im Krankenhaus St. Georg starb.

### Altona.

Wegen einiger Gläser Grog ins Zucht-haus. Vor dem Schwurgericht fand gestern der 29 Jahre alte Bureaugehilfe Bruno Solubars aus Bruns-büttelkoog wegen Meineids. In einem Prozeß wegen Schant-contravention gegen den Schankwirt Friedrich Schulz in Brunsbüttelkoog soll er am 18. Februar 1912 falsch geschwo-ren haben. Schulz war angeklagt, alkoholhaltige Getränke ohne Erlaubnis verkauft zu haben. Solubars sagte nun aus, er habe nur hin und wieder Grog bei Schulz getrunken, ihn aber nie bezahlt, da er nur privatim bei Schulz getrunke. In der letzten Zeit habe er auch keinen Grog mehr getrunken. Auch diesmal blieb Solubars bei der Aussage, obwohl meh-rere Zeugen auslagten, daß er Grog getrunken und ihn auch bezahlt habe. Das Gericht verurteilte ihn daraufhin zu zwei Jahren drei Monaten Zucht-haus, wobei eine Gefängnisstrafe von einem Jahre drei Monaten mit einbezogen wurde, fünf Jahren Ehrverlust und dauernder Un-fähigkeit, eidliche Zeugenauslagen zu machen.

### Güßtow.

Opfer des Gies. Auf der Nebel ver-nichteten sich mehrere Knaben damit, Gießkollen abzubringen und sich damit stromabwärts treiben zu lassen. Bei diesem gefährlichen Spiel geriet der kleine Sohn des Ingenieurs Meier unter das Eis und ertrank.

### Odenburg.

Aus einem bürgerlichen Konsum-verein. Vor der Strafkammer in Odenburg wurde dieser Tage eine Affäre verhandelt, die seinerzeit im Lande Oden-burg ziemliches Aufsehen erregt hatte. Angeklagt war der Geschäftsführer vom Landwirtschaftlichen Konsumverein in Wildeshausen, Stegemann, der den genannten Verein um 148000 Mk. geschädigt haben soll. Die Anklage lautete dahin, daß Stegemann nur eine Kasse für den Konsumverein und sich geführt habe, und daß er zum andern wissenschaftlich falsche Angaben über die Finanzen der Genossen-schaft gemacht habe. Der Anklagevertreter beantragte für den ersten Anklagepunkt acht, für den zweiten vier Monate Gefängnis, während der Verteidiger Freisprechung, höchst-ensfalls aber eine Geldstrafe für gegeben hielt. Das Gericht er-kannte auf neun und sechs Monate, sowie auf je 200 Mk. Geldstrafe, zusammengezogen auf eine Gesamtstrafe von einem Jahr Gefängnis und 200 Mk. Geldstrafe.

### Selgoland.

Vom Felsen erschlagen. Auf der Nordseite der Insel wurde der 11jährige Knabe Max Arnold durch einen abdrückenden Felsen erschlagen. Er erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot.

### Theater und Musik.

Der Arbeiterbildungsverein hatte mit dem gestern abend von ihm im Gewerkschaftshaus veranstalteten bunten Abend einen bedeutenden Erfolg. Ein dichtbesetztes Haus folgte lebhaft interessiert den Darbietungen der mitwirkenden Künstler und spendete denselben lebhaften Beifall. Das sehr sorgfältig zusammengestellte Programm, das viele Ab-wechslung bot und niemals den künstlerischen Zweck der Ver-anstaltung vermissen ließ, konnte auch dem verwöhnten Ge-schmack genügen. Fr. Hansen zeigte zunächst mit dem virtuosen Vortrag der Bagamarie aus den „Eugenotten“, daß sie über eine hervorragende Gesangstechnik verfügt, der ihre blühende Stimme mühelos gehorcht. Sanigkeit, Wärme und Schmelze ent-wickelte die Künstlerin in den von ihr geschmackvoll vor-getragenem Liedern von Brahms, Kob, Hilbach u. a. Nel Pfeigl, die treffliche erste Liebhaberin unserer städtischen Bühne, die sich in kurzer Zeit im Lübecker Kunstleben eine hoch-geachtete Position zu verschaffen geglückt hat, erzielte mit den leichten Blauderton sicher zu treffen wußte, lebendige Wirkungen. Ganz famos war sie auch als Fellele in dem kleinen dramatischen Scherz „Unter vier Augen; hier gab sie die einem verspätet heimkehrenden Gemann eine Gardinenpredigt haltende junge Gattin mit einer großen Feiterkeit erregenden Zungenfertigkeit. Ihren Partner verkörperte Herr Brunow mit prächtigen Humor. Herr Brunow ist den Lübecker Ar-beitern auch als Rezitator von hervorragenden Qualitäten fein Fremder. Schillers bekanntes Gedicht „Die Bürgerschaft“, Uhlands Ballade „Des Sängers Fluch“, Aus Sturmes Weib“, das ergreifende Gemälde aus dem Eemanniessen, Goebels, „Goldgräber“, das „Stimmungsbild“ uim, erhielten von ihm warmes Leben und zogen die Hörer in ihren Bann. Nicht minder gefielen die kleinen Scherzgedichte, denen Herr Brunow zu zündender Wirkung ver-half. Der kräftige und wohlklingende Bariton des Herrn Barth kam in verschiedenen Villaden von Schumann und Löwe vortrefflich zur Geltung. Alle Mitwirkenden wurden mit Applaus überschüttet und mußten sich zu Zugaben verstehen. Am Hügel saß Herr Kapellmeister Weigert, der sich als feinsinniger Pianist und schmie-gsamer Begleiter der Gesangsvorträge bewährte. Alle Be-teiligten, die mitwirkenden Künstler, der veranstaltende Verein und nicht zuletzt das Publikum dürften mit dem Verlauf des Abends vollaus zufrieden sein. P. L.

Im Stadttheater unterhielt gestern das „Weiße Röhl“, das nicht sehr zahlreich erschienene Auditorium in angeneh-mer Weise. Die Wiedergabe des lustigen Stückes war recht gut. Den Beschluß des Abends bildete Thomas' wichtige Komödie „Lottchens Geburtstag“, das wieder einen durchschla-genden Feiterkeitserfolg erzielte.

### Handels- und Marktnachrichten.

Lübecker Marktpreise vom 22. Januar.

Bauern-Butter Pfd. 1.40 Mk., Meterei-Butter Pfd. 1.50 Mk., Dosen 4.00-5.00 Mk., Enten 4.00-5.00 Mk., Stücker 2.00-3.00 Mk., Küfen Stück — Mk., Tauben Stück 70 Pf., Gänse Pfd. 90 Pf., Schinken Pfd. 1.05 Mk., Schweinskopf pr. Pfd. 60-70 Pf., Wurst, ge-räuchert, Pfd. 1.30-1.60 Mk., Eier Std. 18 Pf., Kar-toffeln 10 Pfd. 40 bis 50 Pf., Spargel 1. Sorte — Mk., 2. Sorte — Mk., 3. Sorte — Pf., Blumentohl der Kopf 20-40 Pf., Kirschen, hiesige, Pfd. — Pf., einelschichte, Pfd. — Pf., Lebende Süßwasserfische: Schleie, Portions-schleie Pfd. 1.40, größere Pfd. 1.20 Mk., Karpfen, ar-ößere Pfd. 1.00 Mk., kleinere 90 Pf., Aal, große Pfd. 1.00 Mk., mittlere Pfd. — Pf., kleine Pfd. — Pf., Karauschen Pfd. — Pf., Dachte, große Pfd. 60 Pf., mittel 80-90 Pf., Variete Pfd. 60-70 Pf., Krachsen, gr. Pfd. 70 Pf., kleine Pfd. — Pf., Mand Pfd. — Pf., Rotaugen, große Pfd. 30-40 Pf., H. Pfd. 20 Pf., Krebse Pfd. — Pf., Salzwasserfische: Dorsche, lebende Pfd. 45-50 Pf., frische Pfd. 30-35 Pf., Butte, größere Pfd. 40 Pf., kleinere 20- Pf., Steinbutt, lebende Pfd. — Pf.

Samburger Sternshaus-Wichmarkt vom 22. Januar.

Auftrieb 2420 Schweine. Markt mäßig reg. Es wurden gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 78. — (— bis 62.00 Mk.) Mittelschwere Ware, von 240-260 Pfd., Tara 20 Proz., — bis 77. — (— bis 61.50 Mk.) Mittelschwere, von 200-240 Pfd., Tara 22 Proz., 78.50 bis 78.50 (61.50 bis 61.50 Mk.) Gute leichte Ware, unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 74. — bis 78.50 (61.00 bis 61.50 Mk.) Geringere Ware, Tara 24 Proz., 70. — bis 76. — (63.00 bis 68.00) Mk. Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 73. — bis 74. — (59.00 bis 60.00) Mk. Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent 70. — bis 73. — (64.00 bis 57.00) Mk.

Butter-Notierungen

d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein

Butter-Auktion des ostholsteinischen Meierei-Verbandes.

Samburg, 22. Januar.

1. Klasse 408 Drittel zu 131.41 Mk. im Durchschnitt.

2. „ 43 „ 125.17 Mk.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. bezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Berleger: I. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck



**Gustav Jäde, Lübeck** Holstenstraße 1  
Fernsprech. 761  
Herren- u. Knabengarderoben — Spezialität; Berufskleidung;  
Großes Lager in Damen- u. Kinderkonfektion, Kleiderstoffen,  
Leinen- und Baumwollwaren, Bettfedern und Daun, Teppiche,  
Gardinen, Möbelstoffe, Tischdecken, Läuferstoffe, Burkin, Schlaf-  
u. Reisedecken, Normal-Unterzeuge, Damen- u. Herrenwäsche,  
Regen-, Sonnenschirme, Unterröcke, Schürzen, Korsetta, Strümpfe,  
Handschuhe, Schlüppe etc.  
**Aussteuer-Artikel.**

**Praktischer Wegweiser**  
Erscheint einmal wöchentlich • Geschäfte • Zur Beachtung empfohlen

**Kenner bevorzugen  
das gute Lübecker  
Bürgerbräu  
Aktienbierbrauerei Lübeck**

**Alumin.-Geschirr**  
Billigste Bezugsquelle  
für Öfen, Herde, Gaskocher,  
Grudeöfen  
**Adolf Borgfeldt**  
Ferntel. 672 Mühlentstr. 36-40

**Brot-Fabrik**  
Lübecker Central-Brotfabrik  
**Rich. Spangenberg**  
Lindenstr. 20-22. Fernruf 256  
„Juwelbrot“  
wehlgeschmeckendes Kraft- u. Nährbrot  
Backwaren jeglicher Art.

**Kaufhaus Siegfried Ittmann**  
Breite Str. 33, 1. Etage

Einzel-Möbel  
sowie kompl.  
Wohn.-Einrichtg.  
Herren-, Damen- u.  
Kinder-Konfektion  
Arbeiter-Garderb.  
Manufaktur-Waren  
Wäsche, Teppiche,  
Kinderwagen etc.

**Möbelmagazin**  
**Herm. Rist** Hunde-  
Str. 13.  
billigste Bezugsquelle  
Eig. Tischler- u. Tapezierkät.

**Eutin**  
**Deutsches Haus**  
Kriegerstr. 7  
hält sich Vereinen u. Touristen  
bestens empfohlen.  
**Paul Schröder.**

**Arbeiter-Artik.  
Manufakturw.**  
**Otto Albers**  
Markt 4 Kohlmarkt 10  
Viel benutzte Bezugsquelle für  
Manufakturwaren und  
Garderoben aller Art

**Pflanzen-  
Butter**  
Dellkateh-Eigelb-  
Pflanzenbutter  
Edel Margarine  
„Heimchen“  
das Pfund 80 Pfg.  
**Otto H. C. Voigt**  
Johannisstraße 22

**Auf Teilzahlung**  
in kleinen wöchentlichen oder monatlichen Raten.

**Musikinstrum.**  
**Meyer & Eggert**  
Königsstraße 116.

**Ludw. Grandt**  
Tischlerei und Möbelmagazin  
**Schuhwarenhaus R. Bendt**  
beste Bezugsquelle in Arbeiter-  
schuhen sow. auch bess. Schuhw.

**Arbeiter- und  
Berufskleidg.**  
**J. H. Pein**  
am Markt  
Herren- und Knaben-  
Garderobe,  
Berufskleidung,  
Hüte und Mützen.

**Cigarrenhdlg.**  
**Elisabeth Sühr**  
Untertrave 20.  
Cigarren, Cigaretten, Pfeifen.  
**H. Möller**  
Holstenstraße 42

**Garten-  
Sämereien**  
**Friedrich Michael**  
Breitestraße 49

**Lederwaren u.  
Reiseartikel**  
**J. H. Busson**  
Sattler, Sandstr. 8

**Öfen und Herde**  
**F. STEEN**  
Wahnstraße 53  
Irdenes Gebrauchsgeschirr

**Mölln**  
**Otto Greve**  
Gastwirtschaft und Destillation.

**Bäckereien**  
**Nicolaus Groß**  
Friedr. Großbäckerei  
Alfstr. 32.  
**P. Johansen**  
Konditorei  
Fleischhäuserstr. 31

**Eisenwaren  
u. Werkzeuge**  
**G. Kagel & Co.**  
Sandstr. 18 Tel. 307

**Herrenartikel**  
**Heinrich Waller** Breite  
Str. 60.  
Spez.-Geschäft in Handschuhen  
u. Krawatten, Herren-Wäsche.

**Portemonnaies  
Lederwaren  
Brieftaschen  
Ränzel  
Schultaschen  
Rucksäcke**  
**Reit- und Fahr-Artikel**  
**Wilh. Kreuzfeldt**  
Lederhandlung, sämtl. Schuhmacherartikel  
Fischergrube 23  
**E. Teuteberg** Untertrave 60. Sohlen-  
ausschnitt. Schuhmacher

**Photographien**  
**Samson & Co.**  
Breitestraße 39.  
Erstes Atelier mit  
- billigen Preisen -  
Amateur Bedarfsartikel.

**Wilh. Lübcke**  
Restaurant Lübecker Hof  
Club- und Billlokal. Kegelbahn.  
**Rud. Hübener, Uhrn u.  
Goldwar.**  
**Ludw. Kuhn, Herr- u. Damenh.  
Mützen, Pelzwar.**  
**Chr. Voss & Sohn, Schuhwaren u.  
Repar.-Wkst.**

**Brauereien**  
Trinkt  
**Adler-Biere**

**Fleisch- und  
Wurstwaren**  
**Ch. Hamann**  
Schlachterei  
Markt 7 Kohlmarkt 4  
Telephon 8923

**Ernst Wehde**  
Beckergrube 33  
Hüte, Mützen.

**Mineralwasser  
u. Spirituosen**  
**J. C. Wessel**  
Gr. Gröpelgrube 21-23 Tel. 760.

**Tapeten**  
**Fritz Rehm**  
Beckergrube 20.

**Schiutup**  
**Otto Liebenow**  
Uhren, Goldwaren, Musikwerke  
- Eigene Reparaturwerkstätte. -  
**W. Richter**  
Uhren u. Goldwaren  
nebst eigener Reparaturwerkstatt  
**Gasthof Post, H. Vetter**  
Empfehlensw. Lokal.  
**Hugo Krogmann** Photographisches  
Atelier  
**Ad. Sahopowski** Verkehrslokal  
u. Gewerkschaft.

**H. Lück**  
Brauerei zur  
Walkmühle

**Gesundheits-  
Brot**  
Verlangt  
**Simonsbrot**  
Vollkornbrot aus reinem Roggen  
Mehlschichten in 4 Zerkerkanten  
- Stützlich empfohlen! -  
Erhältlich in 50 N. Niederlagen.

**Kolonialwaren  
u. Kaffeeröst.**  
**Fritz Kruse**  
Inhaber: Paul W. Pöttger  
Schüsselbuden 32  
**Kaffee**  
in sämtlichen Preislagen.

**Verlangen Sie  
Bunte Kuh-Kümmel**  
**Dr. Nickell** Spezialfabr. nur alkoholfreier  
Getränke. Tel. 1070.

**Treibriemen u.  
Sattlerwaren**  
**H. Köpcke & Dyger's**  
Lager v. Fahr- u. Reitgeschirr  
Reise-Utililien, Schulmapp.  
Taschen, Portemonnaies etc.  
Huxstraße 29.

**Schwartau**  
**Herm. G. Schmidt**  
Markt 18  
Uhren, Goldwaren u. Reparaturen.  
**Adler-Dragerie** In Hans Grampp  
Farben, Lacke, Kräftigungsmittel.  
**Alb. Glöck** Schlachtere  
rt. Fleisch- u. Wurstwar  
**A. Klönder** Schuhwarenhaus  
Markt 17.  
**Rob. Pinkert** Verkehrslokal der  
freien Gewerkschaft.  
**L. Schaap** Manufakturwaren  
Arbeitergarderobe.

Trinkt  
**Lübecker  
Vereins-  
Bräu**  
Trinkt  
**Kieler Schloßbräu**  
Vertreter  
für Lübeck und Umgebung:  
**Fr. Krapf, Brauerei Osbhar**  
Glockenstr. 57.  
**Ulschloß-Bier**  
**H. Knappe** Empfehlensw. Lokal  
Fleischb. Allee 76

**Glas, Porze. Man**  
**ARNOLD  
BERG**  
Breitestraße 35.

**Kinotheater**  
**Metropol-  
Theater**  
Nur Breitestr., beim Rathaus  
Täglich ununterbrochen Vor-  
stellung von 4-11 Uhr.  
Jeden Sonnabend u. Mittwoch  
neues Programm.  
Sonntag nachm. v. 2-4 Kinder-Vorstellung.

**Meierei**  
**HANSA-MEIEREI**  
Lübeck's Amme  
Milch u. Milchprodukte  
in anerkannt bester Qualität

**Thüringer  
Wurstfabrik**  
Ihre Fabrikate empfiehlt  
angelegentlich die  
Thüringer Wurst- und Fleisch-  
Konserven-Fabrik  
**August Scheere, Lübeck**  
Beim Retteich 14  
Auf sämtl. Waren 4% Rabatt

**Uhren- und  
Goldwaren**  
**L. Behnfeldt, Uhrm.**  
Uhren-Rep.-Werkstatt.  
Pfeifenstraße 4.  
**A. Matern**  
Beckergrube 26  
Uhrmacher.  
Schweizer Uhren.

Sozialdemokratischer Verein  
Schwartau - Rensefeld.

Mitglieder-Versammlung  
am Freitag, dem 24. Januar  
abends 8 1/2 Uhr  
bei Pfister (Gasthof Travosaal).  
Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungsverein

General-Versammlung  
am Sonnabend, d. 25. Januar  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Jägerstraße 50-52.  
Der Vorstand.

Arbeiter-Gesangverein St. Jürgen.

**Ball** verbunden mit **Kappenfest**  
am Sonntag, dem 9. Februar  
im Lokale „Weißer Engel“, Ratzeburger Allee.  
Anfang 6 Uhr. Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.  
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.  
Hierzu ladet freundlichst ein  
Der Vorstand.

**Dietmann-Klub „Freiheit“**  
Großer theatralischer Abend  
am Donnerstag, dem 30. Januar  
im Konzerthaus „Flora“.  
Zur Einführung gelangt:  
**Die Dorfhexe**  
Volksstück in 4 Akten.  
Großbesetzung mit Gesang.  
Kaufpreis 7 1/2 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.  
Rufen im Vorverkauf 30 Pfg.  
an der Kasse 40 Pfg. Kinder 15 Pfg.  
Stimmen frei. Das Komitee.  
Spenden sind zu haben bei Lütz,  
Schöngartenstr. 13, Gabelgrube;  
im Konzerthaus „Flora“ und bei  
H. Köpcke & Dyger's.

**Konzerthaus Fünthausen.**  
Morgen Freitag:  
**Gr. Bedienung-Ball**  
mit Kappenfest.  
Anfang 8 Uhr. Ende morgens.  
5 1/2 Die Bedienung.  
**Stadthallentheater.**  
Direktor: E. Feidhausen.  
**Berliner Ensemble-Gastspiel.**  
Morgen Freitag, den 24. Januar  
8 1/2 Uhr: (575)  
Der größte Lachserfolg seit Jahren  
**Die abgetretene Frau.**  
Schwand in 3 Akten von J. Herff.

**Vorträge  
der Oberprüfbehörde.**  
Oberamtsrichter Dr. Leverkühn:  
„Das Jugendgericht als  
Kulturerscheinung.“  
Freitag, den 24. Januar 1913,  
abends 8 1/2 Uhr.  
in der Aula der Johannesme-  
Der Zutritt ist für jedermann  
unentgeltlich. (508)

**Hansa-Theater.**  
Freitag, den 24. Januar.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
**Schlierseer.**  
Nur einmal auf Wunsch  
Der Pfarrer von Kirchfeld  
von Anzengruber.  
Nach d. Vorstellung ab 11 Uhr  
574) **Kabarett.**  
Schönheitskonkurrenz.  
Sonnabend, den 25. Januar:  
Auf vielseitigen Wunsch  
Aus der Art geschlagen.

**KalnbergsVariete.**  
Mittwoch, Donnerstag, Freitag,  
präz. 8 Uhr  
3 humorist. Abende  
a la Brady.  
In allen 8 Abenden 550  
**Große Konzerte**  
der Nordd. Kadetten-Kapelle.  
15. Winter 15.  
10 mitwirkende Künstler.  
Auf allen Plätzen 50 Pf.

**Neues Stadttheater.**  
Freitag, den 24. Januar 1913.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.  
108. V. i. V. u. 18. V. i. V. Freitag-Ab.  
**Tannhäuser.**  
Oper von Rich. Wagner.  
Landgraf: Heinrich Steeg vom  
Stadttheater in Münster a. G.  
Große Preise.  
Sonnabend, den 25. Januar 1913:  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.  
109. V. i. V. u. 10. V. i. V. Sonnabds-Ab.  
**Madame Butterfly.**  
Oper von G. Puccini.  
Große Preise. (574)



## Das Ende der französischen Herrschaft in Lübeck.

X.

Noch an demselben Tage (6. Juli) fand sich zu den von dem General für notwendig erachteten Beispielen eine Veranlassung. Es wurde morgens um 10 Uhr auf dem Markte von den Häusern zwischen den beiden Kramhuden eine Abteilung Soldaten gemustert. Bei dem Mangel an anderer Beschäftigung fanden sich zu jener Zeit des morgens immer viele Bürger, namentlich aus dem Mittelstande, welche die Börserversammlungen nicht besuchten, wo die Beschäftigungen ebenfalls lediglich in geselligen Unterhaltungen bestanden, auf dem Markte ein, bildeten Gruppen und besprachen die Tagesneuigkeiten. Der Musterung fehlte es daher nicht an Zuschauern, welche sich den Soldaten sehr nahe stellten und sich manche Bemerkungen über sie erlaubten.

Der Platzmajor Abadie äußerte darüber sein Mißfallen und suchte die am nächsten stehenden Personen zurückzutreiben, was ihm aber nicht gelang. Als er nunmehr Gewalt anwandte und mehrere Personen vor die Brust stieß, antwortete ihm einer der Gestohlenen, der Gärtner Green, mit Festigkeit, daß er der Hinterstehenden wegen nicht Platz machen könne, worauf Abadie sogleich dessen Verhaftung verfügte.

Der in der Nähe befindliche Schlachtermeister Brahl stieß über dieses Ereignis ein lautes Hohngeflächter aus. Abadie wandte sich jornig zu ihm und fragte ihn nach der Ursache seines Gelächters, indem er zugleich den Degen gegen ihn erhob. Brahl fiel ihm in den Arm und hielt ihm den Degen fest, oder suchte, wie von einigen behauptet wurde, ihm denselben zu entreißen. Er wurde ebenfalls verhaftet. Da hierüber unter den Umstehenden ein lautes Murren entstand, auch andere Aeußerungen der Unzufriedenheit gehört wurden, so hatten der Rüper Dose und der Schuster Fritsche dasselbe Schicksal. Die Verhafteten wurden in das Zuchthaus abgeführt, welches um jene Zeit in ein Detentionsgefängnis umgewandelt war. Thiebaul ernannte ohne Verzug eine Spezial-Militärkommission, deren Rapporteur (wohl Auditor oder Ankläger; eigentlich Berichterstatter) die Verhöre anstellte und den Prozeß instruierte. Bei dieser Gelegenheit ergab es sich, daß Brahl auch am Tage vorher (5. Juli) einer zur Wache ziehenden Abteilung Franzosen Schimpfworte nachgerufen hatte. Die Verteidigung der Angeklagten übernahm auf den besonderen Wunsch derselben der Advokat Dr. Sach.

Am nächsten Morgen, den 7. Juli, in aller Frühe versammelte sich die Spezial-Militärkommission im Stadthause. Sie bestand aus dem Major und Ritter der Ehrenlegion Staglieno vom 111. Linienregiment, welcher präsidierte, dem Bataillonschef und Ritter der Ehrenlegion Bastiani von demselben Regiment, dem Kapitän und Ritter der Ehrenlegion Guerd von 108. Linienregiment, dem Kapitän-Adjutant-Major und Ritter der Ehrenlegion Fison vom 111. Linienregiment, welcher die Funktionen des Rapporteurs versah, dem Kapitän der Voltigeurs (leichte Infanterie) Fabry vom 48. Linienregiment, dem Leutnant Depelwitz von demselben Regiment und dem Unterleutnant und Ritter der Ehrenlegion Florio vom 111. Linienregiment. Zum Greffier (Gerichtsschreiber) hatte

der Rapporteur den Sergeant-Major Valerio von demselben Regiment ernannt.

Nach Eröffnung der Sitzung machte der Präsident den Mitgliedern der Kommission bekannt, daß diese zusammenberufen sei, um über Brahl, Green, Dose und Fritsche zu richten, welche beschuldigt seien, „der bewaffneten französischen Macht Widerstand geleistet zu haben und die Urheber und Anstifter der aufrührerischen Bewegungen zu sein, welche in der Stadt Lübeck am 5. und 6. Juli 1813 statt gehabt hätten.“

Er ließ sodann durch den Greffier ein Exemplar des Gesetzes vom 13. Brumaire (4. November) des Jahres 5 (1797) herbeibringen, welches die Art und Weise anordnet, wie beim Richter militärischer Verbrechen zu verfahren sei; ebenso ein kaiserliches Dekret vom 17. Messidor (5. Juli) des Jahres 12 (1804), betreffend die Einsetzung von Spezial-Militärkommissionen für das Richter über Spione und falsche Werber, und beide vor sich auf den Tisch legen. Hierauf forderte er den Rapporteur zur Verlesung des Instruktionsprotokolles und sämtlicher für und wider die Angeklagten vorhandenen Aktenstücke auf.

Nach gescheneher Verlesung befahl der Präsident die Vorführung der Angeschuldigten, welche jeder besonders, frei und ohne Ketten, begleitet von ihrem Verteidiger, hereingeführt wurden. Die Angeschuldigten wurden nach den üblichen Fragen nach ihrem Namen, Vornamen, Geburts- und Wohnort, Alter und Gewerbe über die ihnen zur Last gelegten Tatsachen unterrichtet und durch den Präsidenten, mit Zuziehung des beidigten Uebersetzers (Dolmetscher) verhört, auch die Zeugen für und wider sie vernommen.

Nach Anhörung des Berichtes und der Anträge des Rapporteurs, sowie der Verteidigung der Angeschuldigten, befragte der Präsident die Mitglieder des Gerichts, ob sie noch etwas zu erinnern hätten? Auf deren verneinende Antwort wies derselbe, bevor zur Abstimmung geschritten wurde, den Verteidiger und die Angeklagten an, sich zu entfernen und wurden letztere durch ihre Eskorte (militärische Bedeckung) in das Gefängnis zurückgebracht. Der Greffier und die Zuhörer, deren Zahl geschildert nicht über das Dreifache der Richterzahl gehen durfte, mußten sich ebenfalls auf das Gesuch des Präsidenten entfernen.

Die Kommission beratschlagte dann bei verschlossenen Türen und es legte ihr der Präsident die Frage vor: „der Angeklagte Brahl, welcher beschuldigt ist, der bewaffneten Macht Widerstand geleistet zu haben und der Urheber und Anstifter revolutionärer Bewegungen zu sein, welche sich in Lübeck am 5. und 6. Juli 1813 kund gegeben haben, ist er schuldig? Nachdem die Stimmen von unten aufwärts gesammelt waren, und der Präsident seine Meinung zuletzt gesagt hatte, erklärte die Kommission den Angeklagten Brahl durch Mehrtheit der Stimmen für schuldig und verurteilte ihn zum Tode, in Gemäßheit der Befehle des Kaisers an den Kriegsminister vom 26. Januar 1813, welche lauteten: „Jede Beschimpfung oder Aufwiegelung gegen die Franzosen, jede verbotene Aufwiegelung gegen eine Administration (Verwaltung) oder öffentliche Behörde, jede Anpflanzung von aufrührerischen Zeichen, jede Ausschweifung, welche die öffentliche Sicherheit in Gefahr setzt, sowie jeder Aufruf zur Empörung sollen mit dem Tode bestraft und von einer Militärkommission gerichtet werden.“

Green, dessen Schuld nur durch die Mehrzahl einer Stimme anerkannt war, wurde freigesprochen, und zwar nach dem Gesetz vom 13. Brumaire des Jahres 5 (4. November 1797), welches von sieben Stimmen wenigstens fünf für die Schuld eines Angeklagten forderte, wenn das Todesurteil erfolgen soll. Einstimmig freigesprochen wurden Dose und Fritsche. Der Rapporteur erhielt von dem Präsidenten den Befehl das über Brahl gefällte Todesurteil demselben in Gegenwart der unter den Waffen befindlichen Wache vorzulesen und es binnen 24 Stunden in seinem ganzen Umfange vollziehen zu lassen. Das im Namen des Kaisers gesprochene und von den Mitgliedern des Gerichts und dem Greffier unterzeichnete Urteil wurde dem Kriegsminister Herzog von Felkre, dem Prinzen von Camühl und dem General Thiebaul zugesandt, auch auf Kosten des Verurteilten 300 Exemplare in beiden Sprachen zur öffentlichen Anschlagung und Verteilung gebracht.

## Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, 22. Januar.

95. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück.

Etat des Reichsamts des Innern.

7. Tag.

Zunächst wird über 53 zum vorjährigen Etat des Reichsamts des Innern beantragte und damals zurückgestellte Resolutionen abgestimmt.

Abgelehnt wird die sozialdemokratische Resolution die den Achtstundentag für die im Handels-, Industrie- und Verkehrswesen beschäftigten Personen fordert.

Angenommen werden — meist gegen die Stimme der Konservativen alle Resolutionen, die den Ausbau des Koalitionsrechts und des Arbeitsrechts verlangen.

Angenommen werden ferner die Resolutionen, die ein Reichsberggesetz wünschen, ebenso die sozialdemokratische Resolution, in der für die technischen Angestellten und Bureauangestellten ähnliche soziale Schutzbestimmungen verlangt werden, wie für die Handelsangestellten.

Angenommen wird auch die sozialdemokratische Resolution, in der das

Koalitionsrecht der Landarbeiter

gefordert wird.

Abgelehnt wird die sozialdemokratische Resolution auf Aufhebung der Geserbeordnungen.

Eine Resolution auf Abänderung des § 100 a) entsprechend den Wünschen der Handwerker wird angenommen bezugnehmend eine Resolution, welche die Bekämpfung der Unmierzkeiten verlangt.

Bei der Abstimmung über eine Resolution Brandt (Pole), welche von der Regierung Beihilfen an Private zu Versuchen mit künstlicher Bewässerung (künstlichem Regen) verlangt, stellt das Präsidium unter stürmischer Heiterkeit fest daß das Resultat der Abstimmung zweifelhaft sei und dahe Sammelstimmung erfolgen müsse. Lebhafteste Heiterkeit herrschte auf den Tribünen, als Abg. v. Röcher (Kons.) schließlich als Letzter der Abgeordneten schlafend auf seinem Platz bleibt, und erst bei dem lauten Gelächter überrascht den Saal verläßt.

Die Resolution wird mit 171 gegen 153 Stimmen angenommen; für sie stimmen die Konservativen, Polen und Sozialdemokraten; gegen sie das Zentrum, die National liberalen, die Volkspartei und die Reichspartei.

Es folgt dann die Abstimmung über die in diesem Jahre zum Titel „Staatssekretär“ vorliegenden Resolutionen. Ab

## Eine Lebensfrage.

Erzählung von Theodor Mügge.

(12. Fortsetzung.)

Der Doktor setzte den Hut auf und nahm Abschied, und der alte Herr mit dem schwarzen Käppchen, dem geizigen, vorgebogenen Körper und dem faltigen, scharfen Gesicht blickte ihm nach und wirbelte eine Dampfwolke aus seiner kleinen Pfeife in die Luft, wie der beste Dampfhornein. Wenn ich ihm nur etwas abgeben könnte, was ich für ihn übrig habe, sagte er, indem er seine hellen Augen blitzen ließ, etwas Eisen in sein Blut, denn darin steckt der ganze Fehler. Aber ich hoffe, sie werden ihn doch ein bißchen verändert finden, und vielleicht bricht es jetzt durch, und die alte grimmiige Hexe wird Jeter und Morbio über den elenden Onkel schreien. Das soll sie, das wäre meine größte Wonne! Ichte er auf, und lustig lachend ging er mit Hund und Katze in sein Haus zurück.

Der Doktor ging inzwischen erst rasch und in seinen Gedanken verschwunden nach Haus, dann langsamer, je mehr er sich seiner Schwelle näherte. Die Unruhe und Besonnenheit seines Herzens wich einem ängstlichen Gefühl, denn er konnte wohl denken, wie die Nachrichten, mit denen er heimkehrte, aufgenommen wurden. Er kam nicht mit einem Delblatte des Friedens, leider mußte er auch nicht, wie er sich dies verschaffen sollte. Der Onkel hatte gut sagen: tritt hin und sprich ganz einfach, es geht nicht an, wir müssen wohnen bleiben, und wenn es nicht gefällt, der mag gehen. Ein solches hartes, düres Wort war ihm unmöglich, denn welchen Kummer hätte er dadurch über Emma gebracht, und was würde die Tante dann tun? Sie würde auf der Stelle ihn verlassen, Emma verlassen, alle ihre Verwandten, Sternau, der Geheimrat, die Familien, mit denen Emma so gern umging, würden sich zurückziehen, Tränen, Bitten und Vorwürfe würden über ihn kommen, Schmerzen, bei deren Vorstellung er in bittere Angst geriet und die Gewißheit empfand, ihnen nicht widerstehen zu können. — So wunderbar sind die Schwächen des Herzens, daß er, der mit allen seinen Reigungen sich gegen die Pläne sträubte, welche die Tante für ihn eingeschaltet hatte, die größte Furcht empfand, daß sie scheitern könnten, und noch stand er nicht vor seiner Tür, als er in äußerster Ratlosigkeit nur noch dem einen Gedanken nachhing, bei Emma Schutz vor dem Jorne der stolzen Frau zu suchen, von deren vernichtenden Blicken er sich im voraus beugte.

Leise ging er die Treppe hinauf, in seinem eigenen Hause wie ein Eindringling, der vor Entbedung und Strafe bangt, und an dem Vorzimmer stand er erschrocken still, denn er hörte

drinnen die Frau Majorin sprechen, und die Tür war nur angelehnt.

Frau von Grahwitz sprach mit Marten über häusliche Angelegenheiten. Wie gesagt, meine Liebe, hörte der Doktor in dem bekannten, bestimmten Tone sie sagen: Sie haben von jetzt ab sich immer an mich zu wenden und mir allein Ihre Meinungen zu machen. Bringen Sie mir des Morgens Ihre Berechnungen, wir können dann alles nötige abtun.

Ich werde Ihren Weisungen nachkommen, jagte Marie. Endlich, meine Liebe, begann die Frau Majorin nochmals, glaube ich, Ihrer selbst wegen, noch eine Bitte hinzuzufügen zu müssen. Ich weiß, es ist Ihnen unangenehm, bei Ihrer Stellung hier im Hause an dem Mittagstisch teilzunehmen, wo Sie fortgesetzt gestört sind. Aberdies haben wir jetzt öfter Fremde, und in Zukunft wird das doch häufiger der Fall sein. Sie werden es daher wahrscheinlich lieber sehen, wenn Sie in Ihrem Zimmer essen können.

Ganz nach Ihrer Bestimmung, gnädige Frau, erwiderte Marie mit ihrer klaren, festen Stimme.

Aber muß denn das sein? fragte der Doktor, indem er hereintrat und wie gewöhnlich, wenn ihn etwas anregte, alles andere darüber vergaß. Muß denn das sein? wiederholte er, ohne das scharfe Lächeln der Tante und ihre Blide zu beachten, und indem er die Hand seiner Freundin nahm und zwischen seine beiden Hände legte, fügte er hinzu: Es würde mir das Beste fehlen, liebe Marie, wenn ich Sie mittags nicht mehr sähe, nicht mehr freundliche Worte mit ihnen wechseln könnte.

Allerliebste! lachte die Tante auf, ich habe immer gesagt, es liegt etwas Poetisches in Ihnen, mein Lieber, und wenn unsere gute Marie wirklich nicht von Ihnen gemißt werden kann, so müssen wir allerdings das Nützlichste über dem Angenehmen vergessen.

Die gnädige Frau hat vollkommen Recht, antwortete das bescheidene Mädchen. Bei den Veränderungen, welche in Ihrem Hause stattgefunden haben, Herr Doktor, ist es schließlich und nützlich, daß ich Ihren Familienkreis an Ihrem Tische nicht vergrößere.

Wenn Sie das selbst sagen, so muß ich es wohl glauben, erwiderte er, doch wird es hoffentlich nicht lange dauern. Es wird sich abändern lassen, Sie sind uns allen ja so lieb und wert.

Der herzliche Ton, mit welchem er dies sagte, brachte eine sehr verschiedene Wirkung hervor. In Mariens Gesicht schimmerte eine Dankbarkeit, die von dem eigentümlichen Ausdruck ihrer Augen begleitet und beherrscht wurde, welche voll inniger Teilnahme sich auf den Doktor richteten; die gnä-

dige Tante dagegen drückte ihren Widerwillen durch die ruckende Bewegung aus, mit welcher sie den Kopf in der Nacken zog und ihre Lippen lächelnd zusammenpreßte.

Als die Wirtschafterin sich entfernt hatte, sprach sie nicht mehr über diesen Vorgang, aber Johannes Gerber, der sie jetzt erst recht ansah, geriet in große Verwirrung; denn er erachte auf der Stelle, daß er etwas fürchterlich Strafbares begangen haben mußte, so höhnend und verwerfend blickte sie ihn an und schien etwas in ihm lesen und verstehen zu wollen. Gleich darauf jedoch bot sie ihm ihre Hand hin, wie zur Vergebung, und ihr Gesicht wurde viel milder, als er instinktmäßig diese gewaltige Hand küßte. Nun, sagte sie, das ist schön, daß Sie so bald zurückkommen. Wir glaubten schon, der Herr Onkel Stadtrat würde Sie nicht fortlassen, beim Glase Wein, wie es seine Sitte ist, mit Ihnen festhalten bleiben und Sie in Nebel gehüllt — ich meine die abschreckenden Tabaksnebel — entlassen. Kommen Sie nur herein, Emma ist müde, sie ruht aus. Sternau ist nach Hause gegangen, er will sich noch heute nach dem Pferde umtun. Wir haben alles bestens besorgt. Das Reitkleid ist bestellt, morgen soll es fertig sein. Dann haben wir Einkäufe gemacht, Stoffe und Möbel ausgewählt, äußerst geschmackvoll, mein Lieber, und endlich ist eine Einladung von unserem Cousin Köller gekommen, übermorgen soll der improvisierte Ball wiederholt werden, der so allgemeinen Beifall gefunden hat.

Das alles erzählte der Doktor, während er der Tante folgte und in das Zimmer trat, wo, da es dunkel zu werden begann, eine Lampe dämmend unter einem großen Blumenschirm brannte. Die junge Frau lag wie am Morgen in den weichen Kissen, und ihr besorgter Mann blickte bestürzt auf sie hin, denn in dem Schatten um sie her sah sie grau und bleich ihm entgegen.

Mein Gott, sagte er, Du bist wieder unwohl, liebe Emma.

Sein sorgender Ausruf machte, daß sie ihm freundlich antwortete. Nur müde von der Luft und dem vielen Laufen. Wir sind wohl in zehn Magazinein gewesen und haben wunder schöne Sachen gesehen. Nun liege ich hier und beschäftige mich mit wichtigen Gedanken, schmüde unsere neue Wohnung aus, sehe alles schon vor mir, wie ich es haben will, und bin ganz entzückt darüber. Wie war es bei dem Onkel, lieber Johannes?

Der Doktor küßte sein Herz voll Blut und Rot, doch er erinnerte sich, was der Onkel ihm gesagt hatte, und indem er die weichen, warmen Finger seiner Frau nahm, begann er die Lehren des Greises zu befolgen. O, es war schön bei ihm, rief er aus. Die Bäume alle in voller Blüte, der ganze Garten Duft und Glanz.



Resolutions werden einige Resolutionen der Wirtschaftlichen Vereinigung, resp. Antikontinental, die völkische Wünsche enthalten. Eine Resolution Dr. Werner (Ant.), die das gesetzliche Verbot der Naturerwerbende durch Plakate und Streifenform fordert, wird mit den Stimmen von Abgeordneten aus allen Parteien angenommen.

Von einer Resolution Dr. Werner (Ant.), die 15 Gesetze zum Schutze des gewerbetreibenden Mittelstandes verlangt, wurden nur einige Teile angenommen, z. B. soweit die Heranziehung der Fabrikbetriebe zu den Kosten der Lehrlingsausbildung, der Nachhilfen und der Handwerkskammer unter Abgrenzung von Adbit und Handwerk, verlangt wird, ferner bessere Wahrung der Forderungen des Handwerks in der Kontinentalordnung, Einräumung eines Reichsamts zur Aufsichtführung der Gewerbetreibenden, Kartelle und ähnlichen Vereinigungen, Bekämpfung des unethischen Warenhandels, Verschärfung des Gesetzes über Abzahlungsgeschäfte, Regelung des Submissionswesens bei Vergabe von Arbeiten für den Reichsbedarf, weitere Einschränkung der Gefängnisarbeit, Fernhaltung ausländischer Handwerker usw.

Schließlich wird namentlich abgestimmt über die konservative Resolution:

Die Regierung zu ersuchen, alsbald und noch vor der allgemeinen Revision des Strafgesetzbuches dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen das Streikpostensuchen verboten wird.

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung der Resolution mit 22 gegen 2 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen. Mit der Mehrheit stimmt auch der Abg. Graf Posadowski.

Hierauf wird die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern beim Kapitel 7 Titel „Zentralstelle für Volkswohlfahrt“ fortgesetzt.

Abg. Schulz (S.D.): Es ist beinahe Tradition geworden, daß bei diesem Titel der Zentralstelle für Volkswohlfahrt von bürgerlicher Seite einige Worte des Lobes gesagt werden. Nur Herr Gamp hat sich zuletzt etwas unwirksam erkundigt, wozu denn eigentlich diese Gelder ausgegeben würden, und hat die Notwendigkeit der Zentrale überhaupt in Frage gestellt. Das möchte etwas wunder nehmen, weil es ein Traditionsgenosse des Herrn Gamp, der inzwischen verstorbenen Graf Douglas war, der im gewissen Sinne der intellektuelle Urheber dieser Zentralstelle gewesen ist. Dieser Angriff des Herrn Gamp fiel jedoch ungeachtet zusammen mit den bekannten Angriffen des inzwischen verstorbenen Scharfmachers Dr. Alexander Tille gegen die Zentralstelle. Die Zentrale berichtet, daß sie seit jenen Angriffen einen erheblichen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen habe. Wir Sozialdemokraten sind auch keine Lobredner der Zentralstelle für Volkswohlfahrt; aber wir sehen doch nicht da, wo die Herren Gamp und Tille stehen. Sie fürchten die Vergiftung der Regierung durch den sogenannten Kathedersozialismus oder wie er neuerdings heißt, Akademismus. Wir sehen umgekehrt in der Zentrale ein wertvolles Hilfsorgan der Regierung zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Daher haben wir gar keinen Anlaß, der Zentralstelle eine Reichsunterstützung zu bewilligen. Der Name „Zentralstelle zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes“ ist nicht gerade bescheiden. In diesem Zwecke wurde bekanntlich jenseitig das deutsche Reich gegliedert. Aber ich will gern die bescheidenere Auslegung des Namens zugrundelegen, die die Zentralstelle selbst für sich in Anspruch nimmt: Volkswohlfahrt sei eine feste Tätigkeit, die zu einer sozialen Beförderung führe, welche durch bloße Rechtswirkung nicht erreicht werden könne. Ist denn die Zentralstelle nicht in diesem Sinne? Sie ist zwar keine Staatsinstitution von Amts wegen, aber doch eine staatliche Einrichtung auf Umwegen, die Regierungen haben innerhalb der Zentralstelle gerade sozial Einfluss wie sie brauchen, um alles durchzusetzen, was sie wollen, und alles zu verhindern, was ihnen nicht paßt, und haben andererseits so wenig Verantwortung, daß sie in kritischen Fällen den Kopf jederzeit aus der Sänftlinge ziehen können. Die wirklich feste Tätigkeit zur sozialen Beförderung wird ausgeübt von den Arbeitergewerkschaften und der sozialdemokratischen Parteien. Gerade diese beiden Faktoren für wirkliche Volkswohlfahrt sind aber in der Zentralstelle nicht vertreten, sondern werden von ihr bekämpft. Ich gebe zu, daß diese Bekämpfung nicht offen und klar mit plumpen Mitteln vorgenommen wird, es ist ein Kampf mit geistigen Waffen, die Zentralstelle bringt Argumente für ihre Anschauungen vor. Sie hat auch eine ganze Reihe von wertvollen wissenschaftlichen Publikationen herausgegeben, die auch von uns für einschlägliche Arbeiter gern benutzt werden. Uns ist selbstverständlich ein Gegner lieber, der uns mit geistigen Waffen bekämpft, als ein plumper Scharfmacher, möge er nun im Tone politischer Unbildenheit zum Volke reden oder seine Scharf-

macher einwieldeln in süßliche Witzeleien. Aber die Sozialistenbekämpfung wird nicht zur Volkswohlfahrt, wenn sie sich auch noch so akademisch gebärdet. Die Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie geht aus allen Publikationen sowie aus der praktischen Tätigkeit der Zentralstelle hervor. Selbstverständlich bestreiten wir der Zentralstelle nicht das Recht, die Sozialdemokratie zu bekämpfen, andere sozialpolitische Anschauungen zu verfechten als wir. Wir selbst machen ja von dem Recht, uns entgegenstehende Ansichten zu bekämpfen, ausgiebigen Gebrauch und es stünde uns daher schlecht an, wenn wir dasselbe andern Leuten wehren wollten. Wogegen wir protestieren, ist die Subventionierung irgend welcher politischen Betätigung aus Staats- oder Reichsmitteln. Die Reichseinnahmen werden aus den Steuergroschen der Gesamtheit ausgebracht, in erster Linie aus indirekten Steuern. Es wäre eine gute Aufgabe für die Zentralstelle nachzuweisen, wie sehr die Volkswohlfahrt durch das System der indirekten Steuern geschädigt wird. (Sehr gut! b. d. Soz.) Man kann von uns als den Vertretern von 4 1/2 Millionen deutschen Steuerzahlern nicht die Bewilligung von Mitteln verlangen, die dazu dienen sollen, uns zu bekämpfen. Ich will heute nur einen Zweig der Tätigkeit dieser Zentralstelle kennzeichnen, der neuerdings besonders im Vordergrund steht und bei dem ihre politischen Tendenzen besonders kraft zum Ausdruck kommen, das ist die sogenannte Jugendpflege. Ich will nicht bestreiten, daß sich die Zentralstelle in früheren Jahren mit den Problemen der Jugendpflege und Fürsorge beschäftigt hat, daß sie manche Fragen in die öffentliche Diskussion geworfen und auch Material dazu geliefert hat. Ihre Veröffentlichung kann jeder mit Interesse lesen, der sich überhaupt für das Problem der Jugendpflege interessiert. Aber dies Material ist jahrelang unbenutzt geblieben. Anders wurde es erst, als die Arbeiter Jugendbewegung in die Hand nahmen. Das war der Arbeiterbewegung früher nicht möglich, da sie unter dem Ausnahmegesetz und seinen Nachwehen, der Zuchtanstalt usw., die Hände nicht frei hatte. Also als die Sozialdemokratie das Problem der Jugendfürsorge aufgriff, da erkannten die Gegner der Arbeiterbewegung, wie wichtig für die geistige Verfassung der späteren Erwachsenen eine rechtzeitige und gewissenhafte Pflege der Jugendlichen nach der Schulentlassung sei. Es ging nun sehr schnell mit der bürgerlichen Jugendpflege. Kaum ein Jahr hat es gedauert, und heute kennen Minister und Geheimräte, Regierungspräsidenten und Landräte kaum noch eine wichtigere Aufgabe als die Jugendpflege, und die Stadtverwaltungen werden mit diesbezüglichen Verfügungen und Verordnungen derartig bombardiert, daß sie oft nicht mehr aus noch ein wissen. Ich habe eben eine Äußerung aus dem „Reichsboten“ zitiert. Dasselbe Blatt gibt auch die Gründe für dies plötzliche Interesse an, indem es sagt: „Die eigentliche Triebfeder der mit so großen Mitteln ins Werk gesetzten modernen staatlichen Jugendpflege ist nichts anderes als die Angst vor den Folgen der sozialdemokratischen Hege“. Sehen wir statt dessen die Angst vor der Sozialdemokratie, so können wir das vollkommen unterstreichen. Bei dieser Sammlung aller Bürgerlichen gegen die Sozialdemokratie steht nun die Zentralstelle für Volkswohlfahrt an der Spitze, ihr Werk ist gerade die Zusammenfassung aller bürgerlichen Jugendpflegebestrebungen, die Schaffung der sogenannten interkonfessionellen Jugendbewegung. Von welchen Beweggründen sie sich dabei bei ihren Lehren, beweisen z. B. folgende Ausführungen im Heft 3 ihrer Flugblätter „Fürsorge für die schulentlassene ländliche Jugend“, verfaßt von einem der ersten Dezerenten der Zentralstelle für dies Gebiet. Es heißt da: „Mit Sorge muß es auch erfüllt, zu sehen, mit welchem Eifer die Sozialdemokratie sich bemüht, die Jugend in ihre Banne zu ziehen. Es wird von den Sozialdemokraten offen zugegeben, daß hier die Jugend für den späteren politischen Parteikampf geschult werden soll. Neuerdings ist jedem politischen Treiben der sozialdemokratischen Jugendvereine ein Riegel vorgeschoben, aber im geheimen geht die Wühlarbeit weiter. Bei der großen Erbitterung und Leidenschaftlichkeit, mit der von der Sozialdemokratie der parteipolitische Kampf geführt wird, wird schon in der Jugend jenes Mißtrauen und jene Hassstimmung erzeugt, die es zu keiner harmonischen Entfaltung der Gaben und Kräfte des Gemütes und Charakters kommen läßt.“ So viel Säge, so viel Unrichtigkeiten. Der Verfasser muß es zunächst als Scharfzüngiger wissen, daß, als er dies im Jahre 1910 schrieb, durch den berühmtesten Jugendparagrafen des Reichsvereinigungsgesetzes bereits allen proletarischen Jugendvereinen das Lebenslicht ausgeblasen war. Er scheint sich noch besonders darüber zu freuen, und fügt außerdem noch das niedliche Denunziationsgeschrei hinzu, daß im geheimen die Wühlarbeit weiter gehe. Wenn er weiter behauptet, daß die Jugendbewegung von der Sozialdemokratie benutzt werden solle, um aus den jungen Arbeitern und Arbeiterinnen gleich-

sam Sozialdemokraten ein Miniatur zu machen, so ist das ein großer Irrtum. Von diesem pädagogischen Mißgriff muß uns schon das böse Beispiel der bürgerlichen Jugendbewegung warnen. Kommt doch die Jung-Deutschland-Bewegung auf nichts anderes hinaus, als durch die Nachäffereien militärischer Exerziten möglichst schon die Schulkinder zu kleinen Soldaten zu machen. Wir wollen nur dafür sorgen, daß in der Jugend alle geistigen und körperlichen Fähigkeiten erschlossen werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ebenso wenig wünschen wir eine politische Jugendwehr. „Politisch Lied, ein garstig Lied“, sagen wir gewiß nicht. Wohl aber gehört zur Politik die robuste Natur eines Erwachsenen. Wir Sozialisten wollen den Kindern die Naturliebe der Jugend erhalten. Das Erwachen der politischen Erkenntnis läßt sich ja gewiß nicht festlegen, das Reichsvereinsgesetz will dieses Erwachen mit dem 18. Jahre festlegen, bei manchen erwacht die politische Erkenntnis früher, bei anderen weit später, mancher gelangt nie dazu. (Heiterkeit.) Bei den Arbeiterkindern erwacht sie im allgemeinen früher, weil man sich in den Arbeiterfamilien mehr um das öffentliche Leben kümmert, und vor allem, weil die Arbeiterkinder schon mit dem 14. und 15. Lebensjahr in den Lebenskampf hineingestoßen werden. In den Versammlungen der Arbeiterjugend wird keine Politik getrieben, sondern wissenschaftliche, literarische, künstlerische Vorträge werden gehalten; gelegentlich spricht man natürlich auch über Politik, aber in unpolitischer Weise. Das ist natürlich möglich, sonst würde ja jeder Schullehrer, der über die politischen Gründe Friedrichs II. zum schlesischen Kriege vorträgt, Politik treiben. Umso mehr müssen wir uns gegen die Schikanen wenden, mit denen unsere Jugendbewegung verfolgt wird. Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt trägt einen großen Teil der Verantwortung für den Kampf der Behörden gegen unsere Jugendbewegung; denn sie steht an der Spitze der bürgerlichen Jugendbewegung, die ungehindert Politik treibt. Oder ist es etwa keine Politik, wenn die Kinder gegen die Sozialdemokratie scharf gemacht werden, wenn der Jung-Deutschland-Bund geradezu systematisch die Kriegsverherrlichung treibt. Der Generalgouverneur des Bundes, Feldmarschall v. d. Goltz, soll neulich gesagt haben: „Wenn's doch einmal losginge.“ Wie muß derartiges auf die jungen Leute einwirken. Dr. Dertel hat neulich Herrn Hägg den Rat gegeben, für den Frieden zu wirken. Möge er doch einmal den Friedensstörer in seinen eigenen Kreisen das Handwerk legen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die bürgerliche Jugendbewegung hat ja nur den Zweck, der Sozialdemokratie den Nachwuchs abwendig zu machen. Wir könnten das auf sich beruhen lassen, aber wir wollen nicht, daß Unfrieden in die Arbeiterfamilien hineingetragen wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Gerade Sie, die die Familie als Grundlage der Gesellschaft hinstellen, hegen die Kinder gegen die Eltern auf. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es ist unser gutes Recht und unsere Pflicht, zu wünschen, daß unser Nachwuchs dereinst in unsern Fußstapfen tritt. Wenn die Kinder reif geworden sind, und sich als Erwachsene entscheiden, dann wollen wir, daß sie noch entschiedenere, bessere Sozialdemokraten werden, als wir. Freilich haben Sie die Macht, unser natürliches Menschenrecht zu verweigern. Soweit wir können, treten wir dem entgegen, und dazu gehört auch, daß wir hier die geforderten Mittel für die Zentrale der Volkswohlfahrt verweigern. (Leb! Bravo! bei den Soz.)

Frage zu Schönaich-Carolath (N.): In Schifanen gegen die proletarische Jugendbewegung ist doch die Zentralstelle für Volkswohlfahrt unschuldig. Sie kann doch auch nicht für das verantwortlich gemacht werden, was Feldmarschall v. d. Goltz gesagt haben soll. Die Soldatenpielerei der Kinder verurteilen auch viele bürgerlichen Elemente. Wohl aber ist es unsere Pflicht, der Jugend vaterländische Gesinnung und die Tradition unserer glorreichen Geschichte zu erhalten. (Leb! Bravo!)

Dr. Ripper (3.): Die Tätigkeit der Zentralstelle ist keine politische. Im Gegensatz zu Herrn Schulz ist sein Parteifreund Grant für die politische Erziehung der Arbeiterkinder schon vom 14. bis 18. Lebensjahre eingetreten. Die bürgerlichen Jugendvereine haben sich dagegen einer politischen Partei angeschlossen.

Unterstaatssekretär Richter: Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt ist eine private, nichtpolitische Institution, in der Männer aller bürgerlichen Parteien tätig sind.

Brückhoff (Sp.): Die Sozialdemokratie will durch die proletarische Jugendbewegung doch sicher die Jugend von den bürgerlichen Parteien abwendig machen. (Sehr richtig! bei den bürgerl. Parteien.) Vom Jung-Deutschland-Bunde haben sich viele pädagogische Kreise verstimmt zurückgezogen, weil dort jeder junge Reserveoffizier in Uniform mehr gilt als sie, aber die nationale Erziehung unserer Jugend können wir nicht preisgeben. Die Schule befindet sich der Sozialdemo-

Der Garten im Park, fiel die Tante ein, ist jedenfalls noch schöner und prächtiger. Es sind sogar Orangebäume auf die Terrasse gestellt.

Und unsere Laube hat sich mit diesen jungen Blättern bedeckt, sehr Johannes hört. Ja, damit ich, sage er freudiger fort, als er einen letzten Traub Ast, das Apfelbaumchen, das der gute Onkel an unserem Hochzeitsstag vor dieser Laube pflanzte, ist so blühend, wie kaum ein anderer Baum im Garten.

Ein sehr interessantes Zeichen, sagte die Majorin, wenn man an Zeichen glauben will.

Ich möchte den Baum wohl sehen, rief die junge Frau.

Kind, ein Baum ist ein Baum, das heißt ein grünelndes Ding, das eben wächst wie jedes andere von derselben Beschaffenheit, sagte die Tante.

Der Onkel lächelte. Das mit anderen Worten dazu einladen, sagte Johannes, und sein alter Freund Amor, sein kleiner Freundchen, die Du nicht ein bißchen gewandt hat, lassen gar schön davon hören.

Vielversprechende Gesinnung! rief die gnädige Tante. Können wir nicht auch etwas dazu tun, um den Herrn Stadtrat an den unterirdischen? Aber wir haben jetzt keine Zeit zu solchen romantischen Ideen, mein Lieber, und wenn du dich überhaupt noch um diese Welt kümmerst, werden wir alle daran ab, und sagen Sie uns, wann wir die ausgeübten Mittel und Stoffe bezahlen wollen.

Der Doktor ärgerte. Wie es Tag oder Nacht sieht gehen, Emma hätte erkennen müssen, mit welcher innigen, kindlichen Liebe, was das Gesicht der hochmütigen Tante und was ihre Gebärden, es sie anblinzelte. Aber sie sah dies nicht, oder es beachtete es nicht, und ihre aufgeregte Eitelkeit beherrschte sie ganz mit der Begier, ihre Wünsche erfüllt zu sehen. — Und es kann nichts daraus werden, rief die Tante, das ist eben so. Wir haben zu viel zu tun, um ihr zu helfen, denn morgen müssen wir unsere Einkäufe vorzubereiten, das morgen in der Welt, und dann werden wir noch. Es ist ganz unmöglich, Johannes, doch wie ist es mit dem Geld? hat es der Onkel gleich gegeben?

Er hat es nicht gegeben, erwiderte er lächelnd.

Wie wird er es geben, Morgen brauchen wir es sehr.

Ich glaube nicht, daß er es geben wird, sagte er jäher, und er nicht magte, die tolle Neugier zu sagen.

Aber, mein Onkel, rief die Tante, was hast denn das für Ideen? Sollen Sie doch das Geld dann herausgeben?

Das nicht — Das nicht, erwiderte er geduldig mit

ihren Fragen, denn — er kann es mir nicht geben, fügte er mit einer gewissen Anstrengung hinzu.

Eine kleine Stille folgte. Die Frau Doktorin richtete sich auf und fügte sich auf ihren Arm, die Tante lächelte grimmig den Doktor an. Er kann es nicht geben? sagte sie. So schlecht sieht es mit ihm?

Nein! erwiderte er, allein er verfolgt einen sehr edlen Zweck, den er mir mitteilte. Er spart, soviel er kann, und will damit und mit seinem ganzen Vermögen ein Rettungshaus für arme, alte Arbeiter stiften, auf dem Plage, wo jetzt kein eigenes Haus steht.

Eine neue Pause trat ein, dann fragte die Frau Majorin mit möglicher Selbstbeherrschung: Und das hat er Ihnen selbst mitgeteilt? Und von dem Geld, welches er außerdem will er Ihnen, seinem einzigen Neffen, nicht einmal ein Dutzend vorstrecken, das Sie notwendig brauchen?

Ich weiß allerdings nicht recht, wie ich ihm das Geld zurückerhalten soll, erwiderte der Doktor sehr verlegen. Meine Zinsen verzehre ich, und mein Vermögen angreifen ist nicht ratsam.

Elende dreitausend Taler! rief die gnädige Tante verzweifelt. Er entehrt Sie also, und Sie nehmen das auf, als läge darin kein Schimpf und keine Abhängigkeit, sondern eine Ehre. Glauben Sie denn wirklich, daß das sein Ernst sein kann?

Ich glaube es allerdings, antwortete er.

Und Sie machen keine Einwendungen?

Oh ja — ich, was hätte ich sagen können?

Was Sie hätten sagen können? rief die hohe Frau empört. Dachten Sie nicht an Ihre Familie? Konnten Sie ihm nicht vorhalten, daß es ungerecht, abgelehmt, lieblos sei, seine nächsten Verwandten um ihr rechtmäßiges Erbe zu bringen?

Gewiß nicht lieblos, antwortete Johannes, seine Hände reißend, er liebt mich, liebt Emma und segnet uns.

Ein hochgeklärter antwortete ihm, und diesmal sagte Emma mit. Ist es möglich, so — so einseitig zu sein, wollte sie sagen, aber sie unterdrückte das Wort, das deutlich genug in ihren Zügen zu sehen war — so wenig einseitig zu sein, sagte sie. Mit Hand und Kehe zu promovieren und den Angehörigen zu beschützen, dafür reichen Liebe und Segen aus. Ich hätte aber zu, mein Lieber, daß Sie diesen Leuten gegenüber, welche Sie solange bewundert haben, und die so wenige Ansprüche mit Ihnen machen, sich endlich als Menschen zeigen werden. Man erträgt Lamenten, erträgt Unhöflichkeit und Rohheit, wenn man nur Rücksichten zu nehmen hat. Ich habe zu manchen geschwiegen, weil ich dachte, ein alter,

kinderloser, wohlhabender Onkel muß nachsichtig behandelt werden, und so ist es Emma auch gegangen. Ich habe das arme Kind getröstet, wenn sie zu kränkelnden Äußerungen laffen mußte.

Kränken? O nein! Das war gewiß niemals sein Wille, flüsterte der Doktor bittend.

Seine spöttischen Auspielungen und sein Tadel waren wenigstens verständlich genug, erwiderte die junge Frau. Was ich tue, ist ihm längst nicht unangenehm, und wie kann er uns lieben, wenn er so unnatürlich gegen uns handelt!

Die Tränen traten in ihre Augen und begleiteten ihre letzten Worte. Weine nicht, mein liebes Kind, weine nicht, sagte die Tante. Es ist zwar äußerst schmerzhaft, sich so geäußert zu sehen, aber Du hast einen Mann, der Dich schützen wird, und glücklicherweise macht der Herr Stadtrat Euch ja nicht unglücklich. Ihnen werden zur rechten Zeit die Augen geöffnet, mein Lieber, Sie sehen nun, was Sie zu erwarten haben. Sie werden jetzt nicht länger zögern, um zu beweisen, daß Sie selbständig sind.

Der Doktor war in größter Unruhe. Emma meinte, und ihr Kummer schnitt in sein Herz, die Tante stand vor ihm wie der Rachengel, und er fühlte das feurige Schwert in seinem Nacken. Er wagte nicht zu widersprechen und mußte auch nicht, wie er dies tun sollte. Es schien ihm allerdings auch hart, daß er so gänzlich abgewiesen war, und die Barmherzigkeit der Tante hatten etwas Wahres, wenigstens kam es ihm jetzt so vor. Dem entgegen rang der hinsinkende Gedanke, den der Onkel ihm eingeschüßert, zu bleiben, wo er sei, und die leichtfertigen Pläne fallen zu lassen. — Es ist sehr verdrößlich, sagte er jedoch, aber es läßt sich doch nicht ändern, und — da es einmal nicht sein kann — so werden wir — wenigstens für jetzt — ich weiß allerdings nicht — Er geriet in Verwirrung, denn Frau von Grafwitz sah ihn mit solcher vernichtenden Hoheit an, daß er nicht weiter konnte.

Hier bleiben, mein Lieber, sagte sie mit dem befehlenden Tönen, in diesem Winkel, in dieser jämmerlichen Hütte. Uns lächerlich machen vor aller Welt. Alle unsere Freunde wissen, was wir vorhaben, denn wir haben es überall erzählt und sind beglückwünscht worden, haben Ankäufe gemacht, haben gemietet. Sind Sie rasend? wollen Sie Ihre Frau und mich dem abscheulichsten Gespött aussetzen? Wollen Sie sich selbst zum Gelächter machen?

Wie sollte ich dies tun? erwiderte der Doktor in seiner Verzweiflung.

(Fortsetzung folgt.)



kratie gegenüber in einer gewissen Notwehr. Ich verwahre die Lehrer dagegen, im Geschichtsunterricht bloßen Hurra-patriotismus zu pflegen. Aber wir müssen der Sozialdemokratie gegenüber unsere nationale Einheit erhalten. (Lebhafter Beifall bei den bürgerl. Parteien.)

**Davidson (S.D.):** Mein Kollege Schulz hat sich mit Recht dagegen gewandt, daß die Herren aus dem bürgerlichen Lager sich vom Reich subventionieren lassen. Mögen sie sich doch zusammenschließen gegen uns, aber dann sollen sie ihre Jugendbewegung ebenso bezahlen aus eigenen Mitteln, wie wir. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das Budget der Zentrale für Volkswohlfahrt beträgt 130 000 Mk., die zum größten Teil aus Reichs- und Staatsmitteln, also aus den Mitteln der Steuerzahler, fließen. Dagegen protestieren wir mit Recht. Der Beirat der Zentrale und alle von ihr gebildeten Institutionen und Körperschaften sind ganz einseitig zusammengesetzt. Herr Müller-Meinigen hat ganz im Gegensatz zu Herrn Bruchhoff vor einigen Jahren diese Zusammensetzung, bei der das künstlerische, das schriftstellerische Element vollständig fehlt, in der immer eine bestimmte politische Clique Einfluß hat, scharf gerügt. Herr Bruchhoff will der Jugend den Respekt vor der Autorität erhalten wissen. Wie können Sie dann der proletarischen Jugend Mißachtung der eigenen Eltern einflößen? (Sehr wahr! bei den Soz.) Das muß zu einer Zerstückelung des Familienlebens führen, gegen die wir uns wenden. — Herr Piper erwiderte ich, daß politische Bildung nicht mit parteipolitischen Bildung zusammenfällt, und mein Parteifreund Frank hat in dem von Piper zitierten Satz nur von allgemein politischer Bildung gesprochen. Die Zentrale hält es nicht einmal für nötig, trotz der ihr gewährten Subvention der Reichstagsbibliothek ihre Publikationen zur Verfügung zu stellen. (Bravo! bei den Soz.)

**Direktor Lewald:** Das ist nicht richtig. Die Zentralfstelle hat im letzten Jahre ihre Publikationen durch das Reichsamt des Innern dem Reichstage überhandt.

**Well (Z.):** Parteipolitik wird von der Zentralfstelle nicht getrieben. Vertreter aller bürgerlichen Parteien arbeiten an ihr mit! (Zuruf bei den Soz.: Bürgerlich!) Die Arbeiterjugendbewegung ist sozialdemokratisch, denn ihr Ziel ist die Vorbereitung für den Klassenkampf des gesamten Proletariats. Sie ist nur scheinbar aufgelöst worden. Die Zentralfstelle aber hält sich frei von Parteipolitik.

**Schulz (S.D.):** Wir haben garnichts dagegen, daß die Zentralfstelle uns befreit. Aber wir lehnen die Unterstützung aus Reichsmitteln für eine solche einseitige Zentralfstelle ab. (Sehr gut! bei den Soz.) Durch die Art des heutigen Geschichtsunterrichts und Ihrer Jugendpflege wird erst der politische Kampf in die proletarische Jugend hineingetragen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sozialdemokratische Jugendorganisationen gibt es leider nicht mehr. Unsere blühende Jugendbewegung ist aufgelöst, und gerade diese empfindende Ungerechtigkeit hat die größte Erbitterung unter der proletarischen Jugend hervorgerufen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

**Peus (S.D.):** Vor zwei Jahren hat der Reichstag einstimmig eine Resolution angenommen, das Reich möge dem Verein für soziale innere Kolonisation zum Zwecke der Fürsorge für vorübergehend Arbeitslose eine Förderung zuteil werden lassen. Das ist inzwischen geschehen. Die Bestrebungen dieses Vereins verdienen in der Tat allseitige Beachtung.

Die Debatte schließt. Der Titel wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten bewilligt.

Zum Titel „Belastung des Reichs aus den auf Grund der Reichsversicherungsordnung zu gewährenden Leistungen“ beantragt die Kommission eine Resolution, die eine neue Berechnung über diese Belastung verlangt und, falls diese geringer ist als bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung angenommen wurde, eine Gesetzesvorlage, durch die die Renten soweit erhöht werden, wie sie aus den verfügbaren Mitteln gezahlt werden können.

**Mollenhuth (S.D.):** Was wir bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung vorausgesetzt haben, ist eingetreffen. Damals bezeichnete man unsere Anträge als phantastisch, denn sie würden ungezählte Milliarden verschlingen. Wir sagten voraus, daß die Täuschung über die Leistungen der Reichsversicherungsordnung nicht lange vorhalten würde. Schon jetzt sehen wir, wie weit die Wirklichkeit hinter den von der Mehrheit angenommenen Zahlen für den Reichszuschuß bei der Hinterbliebenenversicherung zurückbleibt. Auch bei der Seemannsordnung hatte man uns solche phantastischen Berechnungen vorgelegt, und heute bekommen die armen Witwen der Seefleute noch keine Renten. Sie müssen dafür büßen, daß die Mathematiker sich so ungeheuerlich verrechnet haben. Redner geht eingehend auf die Berechnungen der Hinterbliebenen-Renten ein und hebt hervor, daß die Renten erheblich erhöht werden könnten. Aber das wollte man nicht. Dafür werden große Kapitalien angehäuft. Die Witwen und Waisen aber müssen verhungern. (Sehr richtig! bei den Soz.) Diese Art der Behandlung erinnert an den Geizhals, der Schätze sammelt und vergräbt, und bei seinen Schätzen hungert. (Sehr richtig! bei den Soz.) Daher sollte man die Erhöhung der Renten im Auge behalten. Das Zentrum hat mit der Bewilligung dieser Witwen- und Waisenversorgung dem arbeitenden Volke einen schlimmen Dienst erwiesen. (Beifall bei den Soz.)

**Geheimrat Caspar** hält es für unrichtig, die Erfahrungen des ersten Jahres der Hinterbliebenenversicherung den Berechnungen zugrunde zu legen. Ueberall habe sich gezeigt, daß die Renten erst ganz allmählich den erwarteten Umfang annehmen.

**Gathlein (Op.):** Es wäre besser, wenn solche ausführliche Berechnungen uns vorher schriftlich mitgeteilt würden; so können wir ihnen unmöglich folgen. Sollten die Ergebnisse auch des nächsten Jahres zeigen, daß eine Erhöhung der Witwen- und Waisenrente möglich ist, so wäre das zweifellos eine unserer dringenden Aufgaben. Der Resolution stimmen wir zu. Redner wendet sich zum Schluß gegen die Ausführungen des Prof. Bernhard in seinem Buche: „Die unerwünschten Folgen der Sozialpolitik“.

**Staatssekretär Dr. Dehnbach:** Auch ich halte die Folgerungen dieses Buches für unzureichend; zum Teil sind sie durch Publikationen aus meinem Amt schon widerlegt. Ich werde demnächst alle auf dem Gebiete des Schutzes der Gesundheit der Arbeiter geltenden neueren Bestimmungen zusammenfassen, nicht nur die Bundesratsverordnungen, sondern auch die Grundzüge, die zur Anleitung der Lokal- und Polizeibeamten, Gewerbeinspektoren dienen. Im Anschluß daran soll eine eingehende Darstellung und Würdigung der Ergebnisse unserer sozialpolitischen Gesetzgebung ausgearbeitet werden. Natürlich kann diese Arbeit nicht in wenigen Monaten bewältigt werden.

**Giesberts (Z.):** Wir stimmen der Resolution zu, ohne entscheiden zu wollen, wer von den beiden Rednern recht hat. Das Vorgehen von Prof. Bernhard sollte man nicht unterschätzen; hinter ihm steht eine ganze Clique von Scharfmachern. (Sehr richtig! bei den Soz.)

**Mollenhuth (S.D.)** wendet sich gegen Einzelheiten in den Berechnungen des Geheimrats Caspar. Ich habe übrigens seiner Rechnung nicht die Resultate des ersten Jahres der Witwen- und Waisenversicherung zugrunde gelegt, sondern eine erheblich höhere Zahl von Rentenberechtigten angenommen.

**Beder (Z.):** Die Broschüre des Prof. Bernhard darf man auch nicht überschätzen. Sie ist abgetan schon durch die

kolossalen Uebertreibungen, die in ihr enthalten sind. (Sehr richtig!) Natürlich gibt es auch Simulanten unter den Arbeitern. Aber von einer „Rentensucht der Arbeiter, die zum Ruin des deutschen Vaterlandes führen kann“ ist keine Rede. Es ist bedauerlich, daß eine solche Tendenzschrift überhaupt Unterstützung in Arbeiterkreisen gefunden hat.

Die Resolution der Kommission wird hierauf angenommen und die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Schluß 6¼ Uhr.

### Gewerkschaftsbewegung.

Zu einer Gerichtsverhandlung über die Gelben gestaltete sich eine von der Gesellschaft für soziale Reform in Berlin am Montag einberufene Versammlung, in der Herr Dr. Waldemar Zimmermann das Referat über die gelbe Arbeiterbewegung hielt. Einladungen zu dieser Versammlung, die sehr stark besucht war, hatte die Gesellschaft für soziale Reform an alle gewerkschaftlichen Organisationsrichtungen ergoßen lassen. Die freien Gewerkschaften waren nur sehr schwach vertreten, während die Gelben den halben Saal besetzt hatten. Schon gleich bei Eröffnung der Versammlung zeigte sich bei den Gelben eine sehr lebhafteste Munterkeit, als der Vorsitzende in einer Redewendung die Gelben als zum Teil von den Unternehmern ausgehalten bezeichnete. Großer Lärm brach los, der im Laufe der Versammlung, die über Mitternacht hinaus tagte, von der gelben Garde in verstärktem Maße einsetzte, sobald einer der Diskussionsredner den gelben Herrschaften einige sie charakterisierende Unannehmlichkeiten sagte, so daß Fräulein Behm (von den christlichen Heimarbeitern) sich zu dem Urteil verließ: sie hätte von den Gelben schon keinen günstigen Eindruck durch ihre Presse erhalten, dieser Eindruck sei aber noch durch ihr Auftreten in der heutigen Versammlung sehr verstärkt worden. Das genierte die gelbe Gesellschaft jedoch nicht, die unter Führung des Dr. Nathonsohn durch fortwährende Zwischenrufe, Toben und Flüßge-trampel die Redner unterbrach und u. a. den Angehörigen des Metallarbeiter-Verbandes Barlowitz minutenlang am Weiterreden hinderte. Das vernichtende Urteil, das von allen Rednern über diese charakterlose gelbe Bewegung gefällt wurde, konnte aber durch noch so fleißiges Betragen nicht inhibiert werden. Herr Dr. Zimmermann gab in seinem Referat eine ausführliche Darstellung vom Bestehen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen und von der Gründung der gelben Gewerksvereine, er zerlegte die verschiedenen Beweggründe, die die den unabhängigen Gewerkschaften fernstehenden Arbeiter bewegen hätten, solche Vereine zu gründen, die meist ihr Entstehen der Anregung der Unternehmer oder der Betriebsbeamten verdanken. Er reumitierte sich dahin, daß die nationalökonomische Wissenschaft der gelben Bewegung im allgemeinen abweisend gegenüberstehe, mindestens aber abwartend. Die Betonung der gleichen Interessen zwischen Arbeiter und Unternehmer sei aber unrichtig, nur produktions-technisch käme diese Gemeinschaft in Frage, sozialwissenschaftlich bestehe ein Gegensatz. Im wirtschaftlichen Kampfe entscheide die Macht. Das hätten auch die Unternehmer erkannt, die der Interessengemeinschaft entgegen sich ebenfalls zu kollektiven Vereinigungen zusammengetan hätten, um ihre persönlichen Interessen zu vertreten. Die Gelben, die sich nur zu Zusammenschlüssen in einzelnen Betrieben verziehen, hätten nämlich garnicht die Absicht, sich an diesem Kampfe zu beteiligen, wenn sie auch in ihren Programmen den Streik nicht verwerfen; dieses Streikrecht stünde für die Gelben nur auf dem Papier. Die gelben Vereine seien danach garnicht angelegt. Kein Streikfonds bekunde den ernstlichen Willen zur Tat. Die Gelben heimten nur indirekt die Siegesfrüchte ein, die die unabhängigen Gewerkschaften im Wirtschaftskampf erringen, sie hätten sich ein Nest gebaut am Dachgebälk des Daches, das die unabhängigen Gewerkschaften zum Schutze des Arbeiters über ihn im wirtschaftlichen Kampfe ausbreiteten. Als eine Ironie bezeichnete es der Redner, daß in den klassenkämpferischen Gewerkschaften die friedliche Lohnbewegung in den letzten Jahren an Zahl die offenen Kämpfe überwiege. Hier würde viel im Stillen von diesen Gewerkschaften geleistet, wovon die große Öffentlichkeit nur sehr wenig erfahre. Sinnlos aber sei die große Klage über die Erschütterung des Wirtschaftslebens durch die Streiks. Ein einziger Feiertag lege mehr Arbeitskraft (Mannstagen) hin, als alle Streiks im Jahre. Dr. Zimmermann hielt den Gelben ihr Spiegelbild vor, wie sie als nationalfriedliche Wirtschaftsvereine sich zu sozialpolitischen Dingen stellen. Im Bunde mit den Scharfmachern verhielten sie sich abweisend gegen Arbeitskammern, veröffentlichten die staatliche oder städtische Arbeitslosenversicherung diskreditierende Artikel, menden sich gegen Tarifverträge, gegen die Sicherheitsmänner und verlangen ein Verbot des Streikpostens. Sie trüben damit im schreiendsten Gegensatz zu den Verlangen der Gewerkschaften und der Sozialpolitik. Der Vortrag klang aus in der Betonung, daß der Arbeiter nicht allein auf gesetzgeberische Hilfe warten könne, der Kampf um die Gleichberechtigung der Arbeiter im Staate müsse durch eine machtvolle Selbsthilfe der Arbeiter wirksam unterstützt werden. Dr. Nathonsohn, Redakteur des gelben Bundes, suchte nach Art des Reinicke Fuchs seinen Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Er zog eine sehr merkwürdige Grenze zwischen der Berliner gelben Richtung und der im Reich. Von Interesse war seine Erklärung, daß die Berliner auf dem Standpunkte ständen, daß die Wünsche der Gelben nicht immer eine friedliche Erledigung finden würden. Auch die Richtigkeit der Einwürfe gegen die Gelben bei ihrer Stellung zu Sozialpolitik bestritt er. Sonst wartete er mit den bekannten offenen Kamellen auf. Nicht den Gewerkschaften verdankten die Arbeiter ihre gebesserte Lebenslage, sondern der guten Wirtschaftskonjunktur und dem besseren Einsehen der Unternehmer. Dann kam eine Klage über den sozialdemokratischen Terrorismus, der zur Gründung der gelben Vereine geführt habe, die aus einem Bedürfnis aus Arbeiterkreisen entsprungen seien, wozu Robert Schmidt (Mitglied der Generalkommission), der in sehr später Stunde zu Wort kam, bemerkte, daß die Gelben diesen Vorwand für ihr Bestehen doch nur benutzten, weil der eigentliche Grund eine zu schlechte Empfehlung für sie sei; grundsätzliche Unterschiede in der Auffassung gäben die Gelben doch selbst für das Bestehen ihrer Vereine zu. An einem Urteil des „Reichsboten“ über die Gelben zeigte Schmidt ihnen, wie sie selbst in unternehmerfreundlichen Kreisen richtig eingeschätzt würden. Nathonsohns Bemerkung, daß die gelben Vereine von den Unternehmern unabhängige Organisationen seien, begegnete lautem verständnisvollem Lachen und die Berechtigung der Existenz der gelben Vereine unter Anführung Hegels Ausspruchs: „Alles was ist, ist vernünftig!“ wurde mit dem treffenden, minutenlanges Geschlächter auslösenden Zwischenruf begleitet: „Aber die Gelben nicht! Gleichauf von den Dirich-Dunderstichen zerstörte die gelbe Philosophie noch mit dem Hinweis, daß zu der Zeit, als Hegel den Ausspruch tat, glücklicherweise die gelbe Bewegung noch nicht existierte. Dieser Redner und einige andere lieferten dann noch manchen Beitrag zum Terrorismus der Gelben, den der Referent vergesen hatte, darzustellen. Familienväter mußten in Rücksicht auf ihre Familie Mitglieder in dem gelben Verein werden, sonst würden sie brotlos; von oben herab, von Betriebsbeamten, Vert-

meistern würden die Arbeiter zum Eintritt gezwungen. Alles in allem: die Gelben haben in dieser Versammlung keine Lorbeerer geerntet. In dieser von so verschiedenartigen Interessengruppen zusammengesetzten Versammlung ist ihr Urteil gesprochen worden: sie versuchen das Streben der Arbeiter nach einer besseren Lebenslage und nach staatsbürgerlicher Gleichberechtigung durch ihre die Arbeiterbewegung zerstückelnde Tätigkeit und durch charakterlose Liebedienerei bei den Unternehmern zu stören, zum größten Teil ausgehalten durch Unternehmergelder.

**Neuer Bündnistoff im Saargebiet.** Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus dem Saarrevier, daß entgegen dem Versprechen der Bergwerksdirektion der Sicherheitsmann Weydan entlassen worden ist. Weydan hat seinerzeit stark für den Streik gesprochen und war auch bei der Deputation, die beim preussischen Handelsminister vor sprach. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt dazu, daß hierdurch neue Erregung hervorgerufen werden wird und eine Unterbrechung des Waffenstillstandes eintreten kann.

**Sächsische Streikjustiz.** Der Vorsitzende der Sächsische Leipzig des Deutschen Transportarbeiterverbandes, Genosse Sängerklaub, mußte sich am Sonntag wegen fünf Flugblätter verantworten, die er während des verfloffenen Buchhändlermarktbeliebterests verfaßt hatte. In ihnen hatte die Staatsanwaltschaft Verleumdung der Arbeitswilligen und Unternehmer sowie Verurteilung erklährt, nachdem die Unternehmer der Anklagebehörde das Material mit dem Antrag auf Strafverfolgung übergeben hatten. In den Flugblättern war unter anderem ausgeführt worden, die Scharmacher schämten sich ihrer Handlungswerte und sie neckten deshalb die Wahrheit über die Lage der Markthelfer und über den Gang der Verhandlungen auf den Kopf, indem sie unwahre Berichte an die Zeitungen und ihre Kundskalt verstreuten. Sie haben es mit der Erhaltung des Friedens nicht ehtlich gemeint. Die Unternehmer hätten zu dem gemeinten Mittel gegriffen, 25 Jahre lang im Gehalt tätige Arbeiter brutal auf die Strage gemorren und müßentlich vertrieben, daß die Arbeiter sich einem Schiedsspruch unterwerfen wollten. In einem der Flugblätter waren die Namen und Adressen der Arbeitswilligen angegeben mit der Aufforderung, mit diesen Leuten nicht in Verbindung zu treten. Zum Beweise für den Vorwurf der unehrlichen Kampfweise der Unternehmer legte Sängerklaub mehrere Zitate vor, in denen falsche Angaben über die Lohnverhältnisse gemacht und von den „maßlosen Forderungen“ der Arbeiter gesprochen wurde. Das Schöffengericht verurteilte Genosse Sängerklaub wegen Verleumdung und Vergehens nach § 153 der Gewerbeordnung zu sechs Wochen Gefängnis. Eine mündliche Begründung zu geben, ersparte sich der Vorsitzende, angeblich wegen Mangels an Zeit. Wie schnell die Streikjustiz arbeiten kann, beweist auch die Tatsache, daß das Gericht bereits in 10 (zehn) Minuten mit dem Urteil fertig war.

### Soziales.

**Volkerversicherung Nummer zwei pleite — Volkerversicherung Nummer sechs neugegründet!** Kürzlich stellten wir erst fest, daß das Interesse an der Versicherung der Arbeiter immer lebhafter werde. Auch das Zentrum ist ausgewacht und empfiehlt seine Spezialsorte Volkerversicherung. In der Zwischenzeit ist es einer anderen Art Volkerversicherung schlecht gegangen. Bekanntlich gründeten eine große Anzahl privatkapitalistischer Versicherungsgesellschaften vor nicht allzu langer Zeit die Deutsche Volkerversicherungsgesellschaft. Deren Aktion kann jetzt als völlig gescheitert betrachtet werden! Weder die großen Volkerversicherungsgesellschaften noch die öffentlich-rechtlichen Versicherungsunternehmen haben sich ernsthaft um die neue Gesellschaft gekümmert. Diese fordert zwar auch heute noch eifrig zur Mitzeichnung für ihre beabsichtigten drei Millionen Mark Aktienkapital auf, das hat aber faktisch nichts mehr zu bedeuten. Eine Sorte neuer Volkerversicherung ist also schon wieder tot. Inzwischen ist die Volkerversicherung Nummer sechs vorbereitet worden. Die privaten Volkerversicherungsgesellschaften wollen sich jetzt direkt mit den öffentlichen Lebensversicherungsanstalten zu einer Volkerversicherungsgemeinschaft verbinden. Die Beteiligten wollen dabei den gegenseitigen freien Wettbewerb trotz ihrer Gemeinschaft nicht unterbinden; es soll nur Einheit in der Bekämpfung der Volksfürsorge gesichert werden! Charakteristisch ist, daß sich auch jetzt wieder die „Viktoria“ noch recht vorsichtig abseits hält. Ihre Spekulation wird deswegen sicher noch manche Überraschungen zu bringen geeignet sein. Die eifrigen Gründungen, Umgründungen und — Bankrotte als herer, die die Seele, aber richtiger das Portemonnaie der Arbeiter lieben, zeigen, auf welchem gesunden Wege die Arbeiter stets sind, wenn sie ihre Interessen selbst wahrnehmen.

### Aus dem Gerichtssaal.

**Der juristische Begriff der Notlage und anderes.** Den Vorwurf der Klassenjustiz und Weltfremdheit wollen die bürgerlichen Rechtspfleger bekanntlich nicht gelten lassen. Und doch werden alle Tage Urteile gefällt, gegen die sich das gesunde Rechtsgefühl des Volkes aufdämmt und die eben nur erklärt werden können aus jener großen Bestandslosigkeit für das tägliche Leben, für die wirtschaftlichen Zusammenhänge und die aus ihnen resultierenden Kämpfe. Im nachstehenden geben wir drei Fälle wieder, die als typische Beispiele dafür gelten können, wie nicht nur die Richter im einzelnen so weltfremd den tausend Nöten des Lebens gegenüberstehen, sondern wie auch die gesamte Rechtspflege an sich von dieser Weltfremdheit durchdrungen ist. Nr. 1. Am Schöffengericht in Erier stehen zwei Angeklagte unter der Anklage des Diebstahls. Sie haben im Wald Holz entwendet im Werte von einer Mark. Es muß auf sich schon in einer Zeit, in der man sich damit brüsten, daß das soziale Gewissen immer mehr erwacht, befremden, daß einer Lappalie wegen Leute vor den Strafrichter gezerrt werden. Aber noch befremdender ist es, zu erfahren, wie sich in dem Kopfe jenes Richters, der über dieses „Kapitalverbrechen“ zu entscheiden hatte, die Welt widerspiegelt. Im Laufe der Verhandlung entwickelte sich nämlich zwischen dem Richter und den einen Angeklagten folgender köstliche Dialog. Der Richter wollte in durchaus wohlmeinender Absicht mildernde Umstände für den einen noch völlig unbescholtenen Angeklagten konstruieren, und fragte daher: „Haben Sie vielleicht auch Noth gehandelt?“ Das heißt, sind Sie so arm, daß Sie Holz stehlen mußten?“ Sehr treffend lautete die Antwort: „Ja, wenn wir reich wären, da bräuchten wir natürlich kein Holz zu stehlen.“ Der Richter: „So meine ich das nicht, würden Sie denn erfroren sein, wenn Sie das Holz nicht gestohlen hätten?“ Der Angeklagte erwidert lächelnd: „Es war im September, da ist es ja noch nicht so kalt.“ Der Richter schien verblüfft, daß die armen Leute um diese Zeit, wo es doch noch gar nicht kalt ist, sich das Holz in den Wäldern zusammensuchen. Daß sie das aber tun müssen, damit sie im Winter, wenn Not und Glend in ihre Gärten



Den Eingang halten, wenigstens eine warme Stube haben, das kam ihm nicht in den Sinn. Die Angeklagten hätten eben vor dem Erscheinen stehen müssen, um Gnade vor seinen Augen zu finden. Wie mühten sich nach solcher Deduktion aber die Urteile ausfallen gegen die Millionenbetrüger und reichen Diebe, die jahrein jahraus mit den mildesten Strafen davon kommen!

**Fall II:** Vor der Strafkammer in Trier erscheint ein junger, völlig unbefehlter Arbeiter wegen schweren Diebstahls. Über zwei Monate sitzt er bereits in Untersuchung. Und was hat der junge Mensch verbrochen? Er war, weil er in seiner Arbeitsstelle nicht genug verdiente, auf Wanderschaft gegangen. Er hatte Aussicht, andere Arbeit zu erhalten, doch fehlte ihm dazu eine Schippe. Mit einigen anderen Kollegen kamen sie an einem Eisenbahnschuppen vorbei, in dem sie solches Werkzeug vermuteten; sie erbrachen die Tür und holtten sich jeder eine Schippe heraus, um, wie gesagt, arbeiten zu können. Der Angeklagte war damals noch nicht 18 Jahre alt. Nun soll sicher nicht in Abrede gestellt werden, daß er gemüht hat, er dürfe das nicht, aber ebenso steht zweifellos fest, daß dem Angeklagten bei der Tat das Bewußtsein gefehlt hat, daß es sich um einen schweren Diebstahl handelt. Es waren also keine unedlen Motive, Der Angeklagte erhält einen Monat Gefängnis! Meinend nimmt ihn seine hochbetagte Mutter in Empfang und ihm selber kommt nicht einmal zu dem Bewußtsein, um welchen Preis er seinen guten Namen für immer verloren hat. Der dritte Fall. Vor derselben Strafkammer. Sechs junge Burschen erlauben sich einen harmlosen Scherz. Nach einer durchzechten Nacht — es war Fastnacht — finden sie in einem Straßengaben eine Ente und nehmen sie mit, um sie in einem Gasthose abzuliefern, damit sie dem Besitzer wieder zugeführt werden könne. Kein Mensch denkt an einen Diebstahl. Aber unsere Justitia, die so manches schwere Verbrechen ungeahnt läßt, beginnt hier eine umfassende Tätigkeit. Diebstahl und Anstiftung zum Diebstahl werden konstruiert und alle sechs Leute wurden auf die Anklagebank geschleppt. Das Schöffengericht muß sie alle freisprechen, aber der Staatsanwalt legt Verurteilung ein und um dieses harmlosen Scherzes willen muß auch die zweite Instanz noch in Funk-

tion treten. Aber auch die Strafkammer muß die Sünden freisprechen. Die Kosten trägt die Staatskasse. So werden die Steuergrößen verpulvert und immer wieder von neuem die Wahrheit des volkstümlichen Sprichwortes bekräftigt: Die Kleinen hängt man auf — — — Aber weltfremd sind die Richter deshalb doch nicht! Gott bewahre!

**Todesurteil.** Der Tagelöhner Hugo Knittel aus Urach, der im Oktober in Wartenhausen bei Vöhrbach die Witwe Gaente erschlug und beraubte, wurde zum Tode verurteilt.

**Verurteilung in Menschengestalt.** Das Münchener Schwurgericht verurteilte den Maurerpolier Luz und dessen Haushälterin Seuffert, die angeklagt waren, den vierjährigen Sohn des Luz durch fortgesetzte systematische Mißhandlung getötet zu haben, zu je 12 Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust.

### Aus Nah und Fern.

**Das Selbstbewußtsein des Feldwebels.** Vor der Lothringer Kaserne in Münster kam es am Dienstagabend zu einem schweren Aufruhr zwischen einem Studenten und einem Feldwebel. Letzterer brachte dem Studenten mehrere Säbelhiebe über den Kopf bei und verletzte ihn schwer. Der Student wartete vor der Kaserne auf einen Offizier und wurde von dem Feldwebel zum Weitergehen aufgefordert. Als er sich weigerte und den Feldwebel beleidigte, zog dieser blank. Der Schwerverletzte mußte ins Hospital gebracht werden.

**Vom Schicksal schwer heimgeführt.** Von einem schweren Schicksalsschlag wurde die Familie des Rangierers Hermann Ankau in Düsseldorf heimgeführt. Ankau verunglückte auf dem Rangierbahnhof Düsseldorf-Derendorf tödlich. Als man seiner Frau die Hofsport überbrachte, wurde sie wahnsinnig und mußte in die Irrenanstalt Gräfenberg übergeführt werden.

Eine fürchterliche Explosion ereignete sich gestern abend in Schönbrunn in Oesterreichisch-Schlesien. Dort floh die Gasanstalt in die Luft, wobei vierzig Personen umkamen. Der Sachschaden soll 600 000 Kronen betragen.

**350 Personen ertrunken.** Eine Karawane indischer Pilger wurde um Mitternacht bei El Hambra auf halbem Wege zwischen Medina und Jumbo durch das plötzliche Anschwellen eines Gebirgsbaches überrascht. Die Karawane wurde hinweggeschwemmt. 350 Personen sind ertrunken; die Leichen sind noch nicht geborgen. 50 Personen konnten sich retten.

**Kleine Chronik.** Durch einen vorzeitig losgegangenen Sprengschuß in einem Steinbruch bei Meissen wurden der Arbeiter Kaslau getötet und der Bruchmeister Claus und ein Arbeiter lebensgefährlich sowie fünf weitere Arbeiter leicht verletzt. — Im städtischen Elektrizitätswerke zu Straßburg i. E. ereignete sich gestern abend eine schwere Benzol-Explosion. Zwei Chauffeure waren mit dem Anfüllen von Benzin beschäftigt, als sich eine Stichflamme bildete, die eine Explosion herbeiführte. Die beiden Chauffeure wurden dabei sehr schwer verletzt. Die Leiterin einer großen Parfümerie in Autent, die 32jährige Margarete Verreard, wurde gestern in ihrer Wohnung in der Avenue Mozart von einem Individuum überfallen und mit einem Küchenmesser durch einen tiefen Schnitt in die Halschlagader ermordet. Der Mörder wurde verhaftet. Es ist der 54 Jahre alte Victor Cras, der ein volles Geständnis ablegte. Es handelt sich um einen Raubmord. — Der Besuch scheint wieder in Tätigkeit zu treten. Seit gestern hört man starkes Donnergeräusch im Innern, verbunden mit lebhafter Rauchentwicklung. Es hat den Anschein, daß für den Besuch, der seit 1906 fast vollständig ruhte, wiederum eine Aktionsperiode beginnt.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.  
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

## Deutscher Metallarbeiter - Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.  
Am Montag, dem 20. d. M., starb unser treues Mitglied, der Dreher **Robert Cordes.**  
Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Beerdigung findet am Freitag, dem 24. d. M., nachm. 3 Uhr, vom Bismarck-Friedhof aus statt. Die Kollegen versammeln sich 2 1/2 Uhr beim „Weihen Gericht“.  
Die Ortsverwaltung.

**Hans Möller**  
geb. 2. Januar 1913.  
Sälwische 18. (573)  
Die Beerdigung findet am Sonntag, dem 25. Januar, morgens 10 1/2 Uhr, von der Burgtor-Kapelle aus statt. Trauerfeier 10 1/4 Uhr.


**Dankagung.**  
Für die uns in so reichem Maße bewiesene Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes und meines guten Vaters, insbesondere meinem Arbeitgeber Herr Thiel, meinen Kollegen, Mitarbeitern und Werkmeistern, dem Metallarbeiter-Verband, sowie Herrn Pastor Hänsel für die kostbaren Worte am Sarge des Entschlafenen sagen unser herzlichsten Dank. (576)  
**Auguste Braun u. Kinder.**

**H. Wichmann und Frau.**  
Hilferstraße 6.  
**Fritz Schmidt**  
zu seinem 25jährigen Jubiläum die herzlichsten Glückwünsche.  
Die Rieter von Kochs Schiffswerft.

**1 Malerlehrling**  
zu übernehmen. (567)  
**Av. Fölsch, Gei St. Johannis 22.**  
**Maskenstofftüme**  
in großer Auswahl empfanglich billig. Kommt auf Wunsch nach außerhalb. (565)  
**G. W. W. W. W. W. W. W.**

**Eleg. Damen-Masken-Anzüge**  
billig zu verkaufen. (569)  
**J. Kahle, Poststraße 6.**

**Verloren** am Sonntag abend eine gold. Uhr mit Ketten und Schmuck. Finder oder Finderin zu belohnen. (571)  
**Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:**  
Johannisstraße 45.



*Von meinen besten Küchertaten. Sei hier jetzt ein Rezept verraten für Toegebäck, so knusprig lecker, als wärs vom besten Zuckerbäcker. Palmonabutter rühret man ein halbes Pfund recht schaumig an, fügt Pulverzucker langsam bei (Ein halbes Pfund) bis glatt der Brei. Dann gibt man auch noch Mehl dazu (Ein halbes Pfund) und rühret im Nu von sieben Eiern Schnee hinein. Etwas Vanill, so schmeckt es fein. Dann läßt auf' Blech den Teig man fließen Portionenweis und bäckt dann diesen. Ja nicht zu jäh, das ist sehr wichtig, denn so allein gelingt es richtig!*

**Palmona - Pflanzenbutter-Margarine**  
wird nur von **H. Schlinck & Co. A.G.** hergestellt.  
Hamburg

**Johannes Holst**  
Kohlmarkt 6, Markt 6.  
**Bettfedern und Gauen**  
Pfd. 48, 95, 125, 160, 185, 220, 285, 350, 400, 525.  
**Federdicke Inletts**  
Meter 70, 125, 138, 168, 195  
250) 210, 245, 300.

**Visitkarten**  
— H. Elfenbeinkarton —  
100 Stück von Mk. 1.— an  
Die Buchdruckerei des Lübecker Volksboten:  
Johannisstraße 45.

**Schneeweiße Wäsche**  
gibt Ragoda-Schnellwaschmittel. Ohne Chlor. Garantiert unbeschädlich. Zur schnellen Einführung geben wir gratis und franko wertvolle Gegenstände z. B. gegen Gutscheine von 10 Pf. 1 echt silbernes Kollier, 1 Paar Messer u. Gabeln. Verlangen Sie Prospekt beim Kaufmann.  
Ragoda gilt nach dem heutigen Stande der Wissenschaft als bestes Waschmittel. Nicht zu helfen ist denen, die es nicht glauben und keinen Versuch mit Ragoda machen. (230)

**Ausverkauf**  
von zurückgesetzten, guten, haltbaren Korsetts zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen, ohne Rücksicht auf den früheren Wert.  
**Korsettfabrik** (378)  
**Th. Jepsen, Breite Str. 42.**

**Kinder-Ärztlings-Wäsche**



kauft man am vorteilhaftesten bei  
**Gebrüder Hefti**  
Lübeck  
Untertrave 11/12  
bei der Holstenstr.

**Die Arbeiter-Garderoben**  
aus dem Spezial-Geschäft von Lübeck **Otto Albers** Kohlmarkt 4 **10**  
sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr blätige Preise. U. a.:  
Lederhosen . . . 2.20—6.45  
Maurerhosen . . . 2.60—6.75  
Schlosserhosen . . . 1.88—5.25  
Überziehhosen . . . 1.08—2.35  
Zwirnhosen . . . 1.68—3.25  
leinere Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Rajen, Hemden, Schlachterjacken, Freizeithosen, Wästermäntel erstaunlich billig. Mägen von 30 Pf. bis 1.88 Mk. Note Lubecum.

**Für Brautleute**  
Kompl. Wohnungseinrichtungen von 375 Mk. an, sowie einzelne Zimmereinrichtungen und Garnituren empfindlich billig. (568)  
**Möbelhandlg. Marlesgrube 4.**

Familienfeierhalber ist mein Lokal am Freitag, dem 24. Januar, von mittags 12 Uhr geschlossen.  
**Emil Gordts,**  
Secretz. (568)

**Lübecker Schweinegilde**  
von 1912.  
**General-Versammlung**  
am Sonntag, dem 26. Januar nachmittags 2 Uhr im Weißen Engel, Rahed. Alle Mitglieder sind eingeladen. Legitimationsscheine legitimiert. (565)  
**Der Vorstand.**